

**Dr. Reinhard Brandl**

- (A) damit wir uns an anderen Stellen – Stichwort Tiefe – mehr spezialisieren können. Ich stimme Herrn Arnold in dem Punkt zu, dass eine Fähigkeit, für die sich Tiefe anbieten würde, die Raketenabwehr ist. Das ist eine Fähigkeit, über die fast nur Deutschland verfügt. Nur die Niederlande und – außerhalb von Europa – die USA haben ebenfalls solche Fähigkeiten.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder über die Frage debattiert, warum wir überhaupt ein Raketenabwehrsystem brauchen und wer uns denn angreifen sollte. Es wurde gesagt, das sei viel zu teuer. Damals gab es kein Einsatzszenario. Jetzt ist ein solches Szenario da, und wir brauchen diese Fähigkeit. Wir brauchen sie aber nicht für uns selbst, sondern für einen unserer Partner im Bündnis. Jetzt bestünde doch eigentlich eine gute Chance, Kooperation im Bündnis praktisch zu leben. Was passiert aber plötzlich bei uns? Diejenigen, die vorher noch mehr Kooperation und eine weitere Vertiefung der europäischen Sicherheitspolitik gefordert haben, eiern herum und fragen: Ist die Türkei aus deutscher Perspektive genügend bedroht, sodass sie die Patriot-Raketen wirklich braucht, oder ist sie es nicht?

Eine Bedrohungslage kann man natürlich je nach Perspektive immer unterschiedlich einschätzen. Es weiß keiner genau, wie sich ein solcher Konflikt weiterentwickeln wird.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Eben!)

- (B) Aber entscheidend ist in diesem Fall gar nicht einmal, wie *wir* die Bedrohungslage einschätzen, sondern entscheidend ist vor allem, wie der Bündnispartner das sieht, der sich bedroht fühlt und uns deswegen um Hilfe bittet.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das steht aber nicht im NATO-Vertrag!)

Es mag sein, dass Sie als Opposition sich nicht rechtzeitig und vollständig informiert fühlen, aber das ist eine innenpolitische Frage. Das außenpolitische Signal, das Sie senden, indem Sie zuerst einmal Nein und dann „vielleicht“ sagen, ist im Hinblick auf eine vertiefte Kooperation fatal. Was soll denn der Partner von uns denken, der die öffentliche Debatte, die über das Wochenende geführt worden ist, verfolgt? Wenn Sie von der Opposition Ihre eigenen Forderungen ernst nähmen, dann müssten Sie in einem solchen Fall sagen: Ja, wir stellen die Fähigkeit zur Verfügung, aber nur unter bestimmten Bedingungen. – Sie können aber nicht zuerst Nein und dann „vielleicht“ sagen.

(Christine Buchholz [DIE LINKE]: Da haben Sie was nicht verstanden!)

Auch ich bin für eine vertiefte europäische Kooperation, aber dafür ist ein langer Weg der Vertrauensbildung notwendig. Das schaffen wir nur, wenn wir uns in solchen Situationen als vertrauenswürdig erweisen und nicht unserem jeweiligen Partner bzw. demjenigen, der die Fähigkeit braucht, Hintergedanken unterstellen und ihn damit öffentlich brüskieren.

Nichtsdestotrotz sind wir heute im Jahr 2012, und die Reform der Bundeswehr und der Haushalt der Bundes-

wehr sind für die Jetztzeit gedacht. Wir müssen feststellen, dass wir nicht in allen Bereichen diese vertiefte Kooperation, die wir uns wünschen, strukturell verankert haben und mit ihr planen können. Deswegen ist der strukturelle Ansatz der Bundesregierung „Breite vor Tiefe“ in diesem Haushalt und bei dieser Reform richtig, und wir tragen ihn mit. Angesichts dessen, was unter den finanziellen Rahmenbedingungen möglich ist, ist dieser Ansatz der Regierung im Haushalt gut finanziert. (C)

Ich habe heute in der gesamten Debatte nicht ein einziges Mal den Vorwurf gehört, wir würden zu wenig für die Bundeswehr ausgeben.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Zu viel! – Inge Höger [DIE LINKE]: Viel zu viel!)

Als Verteidigungspolitiker meiner Koalition stelle ich fest: Damit können wir eigentlich ganz gut leben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 – Bundesministerium der Verteidigung – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 14 ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen. (D)

Ich rufe Tagesordnungspunkt I.12 auf:

### **Einzelplan 23**

#### **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

– Drucksachen 17/10823, 17/10824 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Volkmar Klein

Martin Gerster

Dr. h. c. Jürgen Koppelin

Dr. Dietmar Bartsch

Priska Hinz (Herborn)

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später namentlich abstimmen.

Des Weiteren hat die Fraktion Die Linke einen Entschließungsantrag eingebracht, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Dr. Bärbel Kofler für die SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) (Beifall bei der SPD)

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren nun den Einzelplan 23, den Etat für Entwicklungszusammenarbeit. Eines muss man ganz am Anfang feststellen: Dieser Etat bleibt weit hinter den Erfordernissen und den Notwendigkeiten einer internationalen Armutsbekämpfung zurück.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von diesem Einzelplan und von dieser Beratung geht ein fatales Signal aus, nämlich das Signal, dass Deutschland nicht zu seinen internationalen Verpflichtungen zu stehen bereit ist, dass Deutschland sich nicht weiter an einer soliden und verlässlichen, gemessen an seiner Wirtschaftskraft berechneten Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt. Wir haben uns leider mit diesem Haushalt genau davon verabschiedet

(Beifall bei der SPD – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir aber nicht!)

– sehr richtig: wir nicht; die Regierung hat sich davon verabschiedet –,

(Beifall des Abg. Martin Gerster [SPD])

und das, obwohl der Minister bei seiner letzten Rede im September 2012 den Etat des Einzelplans 23 als Rekordhaushalt bezeichnet hat.

(B)

Damals hat er gesagt, dass man sich dem Ziel der sogenannten ODA-Quote verpflichtet sieht, dass wir also 0,7 Prozent von unserem Reichtum abgeben wollen, um den Ärmsten der Armen zu helfen. Im September dieses Jahres hat der Herr Minister gesagt – ich zitiere –:

Mit dem Haushalt 2013 behalten wir diese Prioritätensetzung des Koalitionsvertrags bei.

Wo stehen wir jetzt, zwei Monate später? Mittlerweile muss sogar Herr Niebel zugeben, dass das damals eine bewusste Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit war.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der FDP)

Herr Minister, ich habe Sie vor zwei Monaten gefragt, mit welchen Maßnahmen Sie es schaffen wollen, dieses Ziel zu erreichen – angesichts der bekannten Tatsache, dass der Haushalt seit Beginn Ihrer Regierungsübernahme jährlich um mindestens 1 Milliarde Euro hätte steigen müssen, um bis zum Jahr 2015 das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Wir hatten doch eine Wirtschaftskrise!)

Sie sind die Antwort schuldig geblieben. Die Steigerungen der letzten Jahre waren verschwindend gering. Mit diesem Haushalt wird zum ersten Mal – seit vielen Jahren von Ihren Regierungshaushältern befördert und vo-

rangetrieben – der Entwicklungsetat sinken. Ich halte das für einen Skandal. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Absenkung des Entwicklungsetats um 124 Millionen Euro ist eine fatale Fehlentscheidung. Was aber nicht geht, ist das, was Sie, Herr Minister, nun gegenüber der Presse praktizieren: Sie tun so, als hätte man ohne diese Absenkung das 0,7-Prozent-Ziel erreichen können. Nein, auch das wäre nicht gegangen. Ich wiederhole: Wir hätten über Jahre hinweg deutliche Mittelaufwüchse im Milliardenbereich benötigt, um unseren Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung weltweit wirklich nachkommen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Verstecken Sie sich an dieser Stelle also nicht hinter den Haushältern – obwohl sie falsch entschieden haben – und nicht hinter dem Parlament. Es wäre schön gewesen, wenn Sie den Drive, das Engagement des Parlaments der letzten Jahre genutzt hätten, das sich fraktionsübergreifend für eine Erhöhung des Entwicklungsetats eingesetzt hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal – auch mit Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen aus der Regierungskoalition, die diesen Aufruf unterschrieben haben – an den entwicklungspolitischen Konsens erinnern. 372 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Fraktionen haben diesen Aufruf unterschrieben. Damals haben wir formuliert – dahinter konnten sich viele aus allen Fraktionen, die hier heute sitzen, versammeln –:

(D)

Ob die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden, ist vor allem eine Frage der Prioritätensetzung. Ob wir auf die gebotene Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit verweisen, auf christliche Nächstenliebe, internationale Solidarität oder weltweite Gerechtigkeit – wir fühlen uns moralisch dazu verpflichtet, auf die Einhaltung der 0,7-%-Zusage zu drängen, und fordern das Bundeskabinett und den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf, die dafür notwendigen Weichen zu stellen.

Das war der Aufruf, hinter dem sich über 370 Parlamentarierinnen und Parlamentarier versammelt haben.

Ich äußere an dieser Stelle noch einmal den dringenden Appell, wenigstens darüber nachzudenken, ob wir die Kürzung von 124 Millionen Euro im Entwicklungsetat heute zurücknehmen und damit unserer Verantwortung als Parlamentarier gerecht werden können.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum? Wir brauchen uns doch nur vor Augen zu führen, was VENRO, der Dachverband aller entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, in seinem Schreiben auf den Punkt bringt: Diese Gelder sind nötig. Ob es um Gesundheitsbildungsprogramme geht, ob es um die Zusammenarbeit für soziale Dienste im ländlichen Bereich geht, ob es um Frauenförderung geht, ob es um Programme des Zivilen Friedensdienstes geht

**Dr. Bärbel Kofler**

- (A) – wir haben eben erst über alle möglichen Fragen, auch über die von Krieg und Frieden, diskutiert; mit dem Zivilen Friedensdienst könnte man gerade für ein friedliches Miteinander etwas tun – oder ob es um die grundsätzlichen Ausrichtungen unserer Entwicklungspolitik geht: Gerade jetzt, wo auf UN-Ebene die Weltgesundheitsorganisation beginnt, sich dafür einzusetzen, dass wir weltweit zum Beispiel die Basiskrankenversorgung in den Mittelpunkt stellen, können wir wirklich etwas tun, um Menschen nachhaltig aus der Armut zu befreien. Doch ausgerechnet in dieser Zeit senden wir ein fatales Signal in die Welt, indem wir die Mittel für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit senken.

(Beifall bei der SPD)

Dasselbe gilt für den Bereich des Klimawandels. Es ist schön, wenn Herr Niebel den Bericht der Weltbank jüngst als „klimapolitischen Weckruf“ bezeichnet hat. Ich frage mich, ehrlich gesagt: Wo waren Sie die letzten Jahre? Dieses Weckrufs bedarf es eigentlich nicht bei all denen, die wissen, was für dramatische Folgen gerade in den Ländern, auf die Entwicklungszusammenarbeit abzielt – dort leben die Ärmsten der Armen –, durch den Klimawandel ausgelöst werden. Diesem klimapolitischen Weckruf muss aber auch ein finanzpolitischer Weckruf folgen. Die Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels müssen doch insbesondere denjenigen gegeben werden, die selbst die Mittel nicht aufbringen können, um mit den Folgen des Klimawandels – den sie selbst nicht verursacht haben – zurechtzukommen zu können.

- (B) Weil ich weiß, dass vonseiten der Regierung immer „Finanzierung, Finanzierung“ gerufen wird: Was Fragen des Klimawandels angeht, kann man nur Nicholas Stern zitieren, der schon 2006 gesagt hat: Wenn wir nicht handeln, wird uns das, volkswirtschaftlich betrachtet, das Fünffache von dem kosten, was es uns kostet, wenn wir jetzt vernünftig Mittel einsetzen.

Ich bin schon erstaunt – das muss ich wirklich sagen –, dass ein Ministerium, das für Entwicklungszusammenarbeit, für Armutsbekämpfung zuständig ist, sich in den letzten Jahren als Bremser bei solch innovativen Finanzinstrumenten wie der Finanztransaktionsteuer gezeigt hat, dass der Minister das Gegenteil dessen getan hat, was eigentlich seine Aufgabe gewesen wäre: neue, innovative Finanzierungsinstrumente in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Kofler, Sie können selbstverständlich weiterreden. Ich muss Sie aber darauf aufmerksam machen, dass das zulasten der folgenden Kollegen aus Ihrer Fraktion geht.

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Mein letzter Satz, Frau Präsidentin. – Auch zur Finanzierung kann man nur sagen: Schließen Sie sich den vielen guten Ideen an, die aus der Bevölkerung kommen, zum Beispiel der Kampagne „Steuer gegen Armut“.

Dann haben wir vernünftige Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auch in unserem Haushalt. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Dr. h. c. Jürgen Koppelin.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einmal nachgesehen: Die Kollegin Kofler ist in der dritten Legislatur hier im Deutschen Bundestag. Deshalb hätte sie eigentlich eins sagen müssen: Bei uns, bei den Sozialdemokraten, hat es mit dem Etat für Entwicklungshilfe nicht so gut geklappt. Jetzt muss ich feststellen, dass wir mit Schwarz und Gelb nach den USA an zweiter Stelle in der Welt stehen.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Das ist gar nicht wahr! – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Das ist eine Frechheit, Herr Koppelin!)

Das ist die entscheidende Botschaft: Wir sind nach den USA der zweitgrößte Geber in der Welt. Das ist das Verdienst unter anderem von Minister Niebel und seiner Politik. Das muss man einmal festhalten, und das sollten Sie anerkennen. In der Opposition fordern Sie alles Mögliche, aber als Sie regiert haben, waren Sie unfähig. Das ist das Entscheidende. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben die Organisation VENRO angesprochen. Das finde ich sehr interessant. Ich schätze die Arbeit von NGOs.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Ach was! Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Sie was schätzen!)

Aber von VENRO bekommt man laufend hektografierte Blätter, die nicht einmal unterschrieben sind. Ich habe am 16. November ein Blatt bekommen, auf dem stand, man solle mehr entwicklungspolitische Bildungsarbeit machen. Mein Kollege Klein und ich haben das gemacht. Wir haben in den Etat – das können Sie sich im Einzelplan 23 anschauen; ich nenne ihn noch einmal, weil Sie sich den Etat wahrscheinlich gar nicht mehr angesehen haben, weil Sie Ihr Manuskript schon vorher fertig hatten –

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Herr Koppelin, es geht doch um was anderes hier!)

zusätzlich 5 Millionen Euro für die berufliche Ausbildung eingestellt, 2 Millionen Euro für den DAAD, zudem Mittel für die Humboldt-Stiftung, und auch die Deutsche Welle bekommt etwas für die Ausbildung. Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele nennen: Die politi-

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin**

- (A) schen Stiftungen, die Kirchen, 10 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit dem Büro für Nachhaltige Entwicklung usw. Also, auch das haben wir erfüllt. Aber dafür bekommt man kein Dankeschreiben, sondern gleich das nächste Schreiben mit der nächsten Forderung. Das ist leider die Wahrheit; die muss man hier auch einmal sagen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das ist Dialektik!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Koczy möchte eine Frage stellen oder eine Bemerkung machen.

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):**

Ja, ich möchte gerne meine Redezeit verlängern. Dazu bin ich gerne bereit.

**Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Koppelin, wollen Sie leugnen, dass durch die Kürzung von 124 Millionen Euro in der Bereinigungssitzung des Haushalts der Aufwuchs der ODA-Quote in der Bundesrepublik gesenkt wird und Sie damit mit der schwarz-gelben Koalition dem Aufwuchs ein Minus beschert haben und dass die Kürzung um 87 Millionen Euro, die unter dem Strich herauskommt, bedeutet,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das sind 9 Millionen!)

- (B) dass die Kanzlerin ihr Versprechen, auf dem Weg zum 0,7-Prozent-Ziel jährlich eine Steigerung zu erreichen, nicht halten kann?

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):**

Ja, das will ich leugnen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens. Den Etat des Auswärtigen Amtes – ich weiß nicht, ob Sie gerade hier waren; ich bin schon den ganzen Tag hier – haben wir um zusätzlich 20 Millionen Euro erhöht für Minenräumung, für humanitäre Hilfe usw. Sie können das nachrechnen. Auch das dient der ODA-Quote.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, weil Sie bei Bündnis 90/Die Grünen sind. Ich habe mir vom Sekretariat des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Folgendes herausuchen lassen: Das Abstimmungsergebnis zu dem Antrag von der Koalition, über den wir uns hier streiten, lautete damals: Diesem Antrag haben die Koalition und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Aha!)

So ist es. Sie haben unserem Antrag zugestimmt.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht der Kürzung!)

– Dann müssen Sie das mit Ihrer Kollegin Hinz klären. Das war genau so.

Jetzt stellen Sie einen Änderungsantrag, über den namentlich abgestimmt werden soll. Das ist wieder typisch. Man kann einen solchen Änderungsantrag stellen;

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rücknahme der Kürzung!)

aber Sie werden damit die Neuverschuldung anheben, oder Sie müssen eine Gegenfinanzierung machen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben auch nicht berücksichtigt, dass wir den Etat des Auswärtigen Amtes aufgestockt haben. Auch bei der Entwicklungshilfe haben wir nicht alles gestrichen, sondern einiges wieder aufgestockt. Das ist die Wahrheit.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das interessiert aber nicht! Unter dem Strich ist es eine Null!)

Hier wird von der ODA-Quote gesprochen. Ich finde, das ist ein ehrenwertes Ziel. Ich vermisste hier die Kollegin Göring-Eckardt. Der hätte ich nämlich gerne eine Frage gestellt. Die EKD beschloss vor vielen, vielen Jahren, dass 2 Prozent aller Kirchensteuereinnahmen in die Entwicklungshilfe gehen sollten. 2 Prozent! Ich kann Ihnen genau sagen, wann das beschlossen wurde: schon 1986.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir leben nicht mehr 1986, wir leben jetzt!)

Jetzt würde ich gerne einmal wissen, was davon wirklich geworden ist. Ich hätte gerne von der Kollegin Göring-Eckardt gehört, ob dieser Beschluss durchgesetzt wurde. Nein, die Kirchen haben das auch nicht hinbekommen. Das ist alles nicht erfreulich, aber es ist die Wahrheit. Ich finde, das sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich sage nach wie vor: Wir sind zweitgrößter Geber. Damit kann sich diese Koalition sehen lassen. Es wird viel gemacht. Die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben – Bildung, aber auch andere Schwerpunkte, die Minister Niebel gesetzt hat, nachdem er das Amt von Frau Wieczorek-Zeul übernommen hat –, können sich durchaus sehen lassen. Wir sind stolz darauf, dass wir auch andere Richtungen eingeschlagen haben. Sie hatten einen Sammelkorb, Sie hatten null Richtung in der Entwicklungspolitik.

(Zuruf der Abg. Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Melden Sie sich doch nachher noch einmal zu einer Zwischenfrage oder zu einer Kurzintervention. Es ist nicht meine Art, so gegen Frauen anzureden.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

Minister Niebel hat von Frau Wieczorek-Zeul einen Sammelkorb übernommen, der null Linie enthält. Endlich ist im Haushalt dieses Ministeriums eine Linie erkennbar. Es ist erkennbar, was wir in der Entwicklungshilfe bewirken wollen.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin**

- (A) Das ist lobenswert. Das hat Minister Niebel geschafft, und dafür verdient er Anerkennung. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie von den Sozialdemokraten hier schon so auftreten und uns kritisieren: Das können Sie alles machen.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Das dürfen wir! Stellen Sie sich das mal vor!)

Wir sind hier ja im Deutschen Bundestag. Aber wie sieht es denn eigentlich aus: Sie fahren nach der Wahl des Präsidenten alle nasenlang nach Frankreich, vorher schon die Troika. Fahren Sie doch auch einmal zu Ihrem Präsidenten da in Frankreich

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Was Sie alles wissen!)

und fragen ihn einmal, warum er seine Entwicklungshilfe eingefroren hat, warum er nicht mehr macht.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Wir sind der Deutsche Bundestag und entscheiden hier!)

– Frau Kollegin, Sie müssen sich einfach einmal angewöhnen, zuzuhören. Ich habe es gerade gesagt: Wir sind im Deutschen Bundestag. Aber fahren Sie trotzdem noch einmal hin. Das kann doch nicht schaden. Das ist meine Empfehlung.

- (B) Also, dieser Haushalt kann sich sehen lassen. Ich weiß, der Minister ist vielleicht nicht zufrieden, wenn es ein bisschen weniger ist, als er sich vorgenommen hat.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist ein Minus!)

Der Verteidigungsminister hat vorhin gesagt, er sei auch nicht ganz zufrieden, weil wir ihm etwas weggenommen haben. Der Wirtschaftsminister war auch nicht ganz zufrieden. Dem Gesundheitsminister haben wir eine halbe Milliarde Euro weggenommen. Das ist so. Denn wir wollten die Neuverschuldung senken. Die geplante Nettokreditaufnahme liegt bei 17,1 Milliarden Euro. Hier hat jeder seinen Beitrag zu leisten.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin ganz sicher, der Minister wird mit diesem Etat wunderbar klarkommen.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bestreitet der Minister! Das bestreitet der!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Dietmar Bartsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE):**

(C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 23 hat es in diesem Jahr geschafft – ich bin schon ein paar Tage im Parlament –, dass er bereits bei der Einbringungsdebatte eine sehr umfangreiche Rolle gespielt hat. Das schafft man natürlich nur, wenn etwas ganz besonders toll ist oder etwas ganz besonders im Argen liegt. Hier ist eines ganz klar: Dieser Etat liegt im Argen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle vorliegenden Anträge, die Entschließungsanträge, die heute zur namentlichen Abstimmung stehen, beweisen, dass hier etwas im Argen liegt.

Jürgen Koppelin hat gesagt, es sei alles so gut. Ich will nur eines konstatieren: Laut Ergebnis der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ist der Etat des Einzelplans 23 gesunken; der Etat des Einzelplans 23 ist niedriger als im Vorjahr.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: 9 Millionen!)

Die ODA-Quote liegt unter 0,4 Prozent. Das sind Ergebnisse, die überhaupt nicht zu akzeptieren sind, denn, Herr Minister, Sie haben sich drei Jahre lang hier hingestellt und behauptet, der Etat werde im nächsten Jahr höher ausfallen, trotz schwieriger Finanzlage. Das ist ad absurdum geführt. Sie haben noch am Tag der Bereinigungssitzung verkündet, dass der Etat um 37,5 Millionen Euro gegenüber 2012 steigen würde. Das ist nicht der Fall. Die Koalitionäre haben Ihrer ursprünglich stolzen Botschaft – Steigerung des Etats in schwieriger Finanzlage – abrupt ein Ende bereitet. So sieht es bei diesem Etat wirklich aus.

(D)

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat denn Frau Merkel heute Vormittag im Hinblick auf die internationalen Konflikte dargelegt? Sie hat gesagt: Na ja, mit militärischen Maßnahmen alleine geht es nicht, wir müssen viel mehr tun für wirtschaftliche Zusammenarbeit. – Ich dachte, ich höre nicht richtig. Kannte die den Etat nicht? Das ist ein Widerspruch in sich. Entweder wir machen hier mehr zur Verhinderung von militärischen Konflikten, wir tun etwas für die Armutsbekämpfung, oder aber nichts von dem, was vorhin erzählt worden ist, entspricht der Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Linke hat schon in den Etatberatungen im Haushaltsausschuss sehr viele Änderungsanträge eingebracht, und jetzt stellen wir wieder einen Änderungsantrag. Da wird gesagt, das seien ja so viele Änderungsanträge, das sei doch typisch für die Linke. Ich will nur eines sagen: Nur dann, wenn all unsere Anträge realisiert würden, würden wir die Schritte in Richtung einer höheren ODA-Quote gehen, die wirklich notwendig sind. Deswegen stellen wir die Anträge.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Dietmar Bartsch**

- (A) Es ist noch viel mehr machbar; da sind wir uns doch sicherlich einig. Wenn wir könnten, dann würden wir in diesem Sektor mehr gegen Armut in der Welt tun. Nur wenn wir hier wirklich etwas drauflegen, ist es realistisch, unser Ziel bei der ODA-Quote zu erreichen.

Die Koalition hat ihren Minister mit einem Friendly Fire schwer beschädigt. Sie hat sich ein weiteres Mal von Wahlversprechen verabschiedet;

(Beifall bei der LINKEN)

das für 2015 gesetzte Ziel ist damit erledigt. Die Schützen werden zufrieden sein; aber die Leidtragenden sind vor allem die Ärmsten in der Dritten Welt, meine Damen und Herren. Das ist die Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zur Organisationsreform bei der GIZ machen; mein Kollege Movassat wird darauf noch eingehen. Ja, wir von der Opposition haben da Druck gemacht und konnten das eine oder andere erreichen, zum Beispiel, dass mehr Frauen an der Spitze der GIZ vertreten sind. Ich will in diesem Zusammenhang auf einen Punkt eingehen. Sie haben sinnvollerweise ein Evaluierungsinstitut gegründet. Das ist vernünftig. Nur sind hier zwei Dinge wichtig: Erstens muss das Institut wirklich Freiheiten haben und darf kein Instrument des Ministers oder des Ministeriums werden. Zweitens muss das Parlament eingebunden werden. Ein Beirat ist gut; aber wir hier im Parlament müssen Rechenschaft abgelegt bekommen und selber etwas tun können, damit das Institut wirklich evaluiert und nicht zu einem Instrument des Ministeriums wird.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eine weitere Bemerkung machen. Es gibt in der Entwicklungspolitik weiterhin ein Gerangel zwischen den Ministerien um einzelne Posten und einzelne Etats. Das hat zur Folge, dass Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf die Etats der unterschiedlichsten Ministerien verteilt sind: auf das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, das Umweltministerium usw. Das alles geht querbeet; jeder macht ein bisschen seine eigene Entwicklungspolitik. Ich finde, das geht so nicht.

Die Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht als zweites Standbein der Wirtschaftspolitik sehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie darf auch nicht als Außenwirtschaftspolitik verstanden werden. Hier geht es wirklich um etwas anderes. Es ist doch völlig klar, dass mit den Mitteln verantwortungsbewusst umgegangen werden muss. Wenngleich es unterstellt wird: Niemand aus der Opposition will etwas anderes. Mit jedem Euro muss ein möglichst hoher Nutzen für die Menschen erzielt werden. Auch das ist völlig unbestritten. Da dürfen Sie niemandem etwas anderes unterstellen. Es darf aber nicht zuerst ins Auge genom-

men werden, welche positive Rückwirkung die Entwicklungshilfe auf die deutsche Wirtschaft hat. Das wäre nämlich die falsche Richtung. Es geht eben wirklich um die Menschen in den anderen Ländern; es geht um die Entwicklungshilfe, die in diesen Ländern anzustreben ist. Das müssen wir in den Blick nehmen.

(C)

Mein Appell, mein Aufruf ist: Sorgen Sie dafür, dass hier wirklich Politik aus einer Hand gemacht wird! Setzen Sie sich in der Regierung durch, auch im Hinblick auf eine Steigerung des Etats! Es gibt heute bei der namentlichen Abstimmung die Möglichkeit, zumindest einen Teil zu korrigieren. Das würde niemandem wehtun. Im Übrigen würde es Ihnen niemand vorwerfen, wenn das ein Stück weit zu einer höheren Neuverschuldung führen würde; das würde niemand hier im Saal kritisieren.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ja, ja, ja! Im Gegenteil!)

Im Übrigen haben wir genügend andere Ideen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, damals, als Sie in der Opposition waren, haben Sie verkündet, dass Sie das Entwicklungsministerium abschaffen wollen.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Das ist lange her!)

– Ja, das ist lange her. Es gibt einen Erkenntniszuwachs beim Minister. Das ist völlig in Ordnung. Man lernt dazu. So geht es allen, auch mir und Ihnen. Das ist wunderbar. – Jetzt ist angesichts des Friendly Fire, das Sie von der Koalition organisiert haben, aber zu konstatieren, dass letztlich wohl doch in diese Richtung gearbeitet wird. Denn Sie, Herr Niebel, können sich nicht wehren. Das Entscheidende ist: Sie können sich in der Regierung nicht durchsetzen, wenn es darum geht, das wirklich Notwendige zu realisieren.

(D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In der Koalition hat man offensichtlich übersehen, dass es sich hier inzwischen um einen FDP-Minister handelt. All das, meine Damen und Herren, wäre eigentlich nicht weiter tragisch; aber das Schlimme ist, dass es zulasten der Ärmsten dieser Welt geht und letztlich dem Ansehen Deutschlands in der Welt schadet. Also, ändern Sie das!

Zum Schluss möchte ich mich ausdrücklich bei den vielen Engagierten bedanken, die auf diesem Feld arbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Volkmar Klein das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Volkmar Klein** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Diskussion sind schon viele Zahlen und Behauptungen umhergeschwirrt. Richtig ist – das ist schade –, dass die üblichen und auch erwarteten Steigerungen im Haushalt des BMZ für 2013 nicht zu vermelden sind.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ihr seid doch verantwortlich dafür!)

Nach den Beschlüssen gibt es im Einzelplan 23 auf dem Papier sogar eine kleine Absenkung. Auch das ist richtig – das ist auch nicht schön –, aber diese Absenkung gibt es vor allen Dingen auf dem Papier.

Der Einzelplan 23 schrumpft gegenüber dem Jahr 2012 um 80 Millionen Euro. Aber diese 80 Millionen Euro haben sozusagen nur ihren Heimathafen gewechselt. Auf Wunsch der beiden Minister sind die Mittel für entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe vom Einzelplan 23 in den Einzelplan 05, Auswärtiges Amt, verschoben worden.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die waren doch vorher auch da! Die sind doch nicht obendrauf gekommen!)

Das kann man im Haushaltsentwurf nachvollziehen. Deswegen ist es ehrlich, wenn wir von einer Stagnation im Einzelplan 23 und nicht von einer Absenkung reden.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ist es! – Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Absenkung! – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Da fehlen 90 Millionen!)

Die Befürchtungen, dass die deutsche ODA-Quote unter die für 2011 festgestellten 0,4 Prozent sinken könnte, scheinen mir voreilig zu sein,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sind sie auch!)

denn im Jahre 2011, als die OECD-Statistik eine ODA-Quote von 0,4 Prozent festgestellt hat, lag der Einzelplan 23 noch bei 6,0 Milliarden Euro. Für das kommende Jahr enthält der Einzelplan trotz der gerade beschriebenen Verhältnisse 6,3 Milliarden Euro, also 300 Millionen Euro mehr.

Der Europäische Entwicklungsfonds fordert von uns, von Deutschland, im kommenden Jahr nicht wie ursprünglich angekündigt 838 Millionen Euro, sondern 144 Millionen Euro weniger. Das ist eine extern vorgegebene Zahl. Wenn der Europäische Entwicklungsfonds nicht Teil unseres Haushaltes, sondern – wie von der EU-Kommission gefordert – Teil des EU-Haushaltes wäre, dann würde sich durch dieses Revirement bei uns gar nichts niederschlagen. So beträgt die Forderung an Deutschland 144 Millionen Euro weniger. Deshalb reduziert sich der Einzelplan 23 um diesen Betrag.

Es ist kein Geheimnis, dass ich mir persönlich gut hätte vorstellen können, einen größeren Teil des wegfal-

lenden Geldes für Erhöhungen im eigentlichen BMZ-Haushalt zu nutzen. Angesichts der Gesamtsituation des Haushalts unseres Landes und auch der europäischen Situation ist der Beschluss ein anderer. Aber – darauf möchte ich mit allem Nachdruck hinweisen – wir haben 20 Millionen Euro des wegfallenden Geldes zusätzlich auf andere Titel im BMZ-Haushalt verteilt. Es wird dafür verwendet, die von uns gestaltete deutsche Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Norbert Barthle [CDU/CSU]: So herum wird ein Schuh daraus!)

Wir stehen ständig vor der Frage: Wie können wir die verschiedenen Aufgaben miteinander in Einklang bringen? Was ist mit der Verantwortung für die Nächsten jenseits unserer Grenzen? Ich bin sehr dafür, dass wir im Interesse des Nächsten jenseits unserer räumlichen Grenzen – das ist ein ethisches Gebot – viel Geld einsetzen. Ich bin aber auch dafür, dass wir an den Nächsten jenseits unserer zeitlichen Grenzen denken und deshalb die gesamte Haushaltssituation im Blick behalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir die Entwicklung des Haushalts über die gesamten vier Jahre der Wahlperiode hinweg vergleichen, dann stellen wir fest, dass wir 2009 einen Gesamthaushalt hatten,

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Der um 600 Millionen Euro gewachsen ist! In einem Jahr!)

der 309 Milliarden umfasste. Jetzt liegt er bei 302 Milliarden Euro, das heißt, insgesamt gibt es ein Abschmelzen der Ausgaben. Gleichzeitig ist festzustellen: Wir haben damals im Einzelplan 23 5,7 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gehabt, heute sind es, trotz der beschriebenen Zusammenhänge, 6,3 Milliarden Euro. Das sind fast 10 Prozent mehr als damals vor vier Jahren.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Bruch der Koalitionsvereinbarung!)

Mit dieser Erhöhung von 20 Millionen Euro für die eigentliche Entwicklungszusammenarbeit – das hat eben schon einmal kurz eine Rolle gespielt – haben wir, denke ich, wichtige Akzente gesetzt. Einerseits haben wir damit wichtige Akzente im Bereich der Bevölkerungsentwicklung gesetzt, indem wir zusätzliche Gelder für die UN-Organisationen in diesem Bereich bereitstellen, und wir geben mehr Geld für Bildung im Bereich der Humboldt-Stiftung, des DAAD und der Deutschen Welle aus. Weiter setzen wir Akzente, indem wir die Verpflichtungsermächtigungen gerade im Bereich der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit deutlich erhöhen. Das bedeutet langfristig Verlässlichkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Koczy zulassen?

(C)  
(D)

(A) **Volkmar Klein** (CDU/CSU):  
Aber gern.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**  
Bitte schön.

**Ute Koczycy** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Herr Klein, ist Ihnen der Koalitionsvertrag bekannt, in dem die Koalition von FDP und CDU/CSU von einem jährlichen Aufwuchs der ODA-Quote redet? Wie bewerten Sie den Zustand, dass diese ODA-Quote jetzt unter 0,4 Prozent sinkt?

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wird sie nicht!)

**Volkmar Klein** (CDU/CSU):  
Auf das Letzte habe ich Sie eben hingewiesen. Das kann man heute überhaupt noch nicht prognostizieren. Da 2011 auf der Basis eines deutlich niedrigeren Entwicklungshilfehaushaltes eine ODA-Quote von 0,4 Prozent ausgerechnet wurde, sind derartige Befürchtungen gegenwärtig völlig gegenstandslos. Im Übrigen habe ich doch gerade noch einmal dargestellt, welche große Bedeutung dieser Bereich der internationalen Verantwortung, gemessen am Gesamthaushalt, in den letzten Jahren für uns gewonnen hat. Genau das unterstreicht diese Verpflichtung.

(B) Dabei müssen wir insgesamt aufpassen, dass wir nicht viel zu viel nur über das eingesetzte Geld reden. Wissen wir denn überhaupt genug über die Wirkungen? Ich glaube, wir haben da Nachholbedarf. Das spiegeln gerade die neuen Geber – die Schwellenländer, aber auch die großen privaten Fonds – wider. Die wollen – unter dem Schlagwort: „value for money“ – in viel höherem Maße wissen, wie die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumente ist.

Ich denke, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einen ausgesprochen guten Ruf hat. Das wird an vielen Stellen deutlich. Zum Beispiel wurde es vor einigen Wochen beim Besuch des Weltbankchefs Jim Yong Kim hier in Berlin unterstrichen. Ich hatte jetzt die Gelegenheit – auch dadurch wurde das deutlich –, ein Gespräch mit dem Chef der thailändischen Entwicklungsorganisation zu führen. Die möchte gerne Deutschland als Partner für deren Entwicklungszusammenarbeit mit ihren Nachbarländern haben, nicht weil Deutschland das meiste Geld mitbringt, sondern das beste Knowhow hat. Das ist eine Frage der Wirksamkeit.

An vielen Stellen ist es offenkundig, dass man mit wenig Geld eine große Wirkung erzielen kann. Ich nenne in diesem Zusammenhang beispielsweise die AFI, die Allianz für finanzielle Inklusion. Sie wurde ursprünglich von der Gates Foundation gegründet und wird heute von unserem Geld mit unterstützt. Weiter nenne ich das Netzwerk von Notenbanken, die in den Entwicklungsländern auch regulatorisch die Grundlagen dafür legen, dass zum Beispiel in Westafrika Mobile Banking gemacht werden kann. Die Menschen dort können Kleinstguthaben transaktionskostenfrei per Handy übermitteln. Das sind tolle Dinge.

(C) Bei vielen anderen Sachen ist es wesentlich schwerer, zu bewerten, was denn nun wirklich wirksam ist. Deswegen ist die Evaluierung – die wir in viel größerem Maße in den Vordergrund stellen werden, als wir es bisher getan haben – ganz wichtig. Dafür wird dieses Institut künftig arbeiten. Sicherlich müssen wir alle gemeinsam als Parlament darauf achten, dass es auch wirklich die von uns gewollte Unabhängigkeit hat. Diese Evaluierung aber wird anschließend garantieren, dass das von uns investierte Geld in den entsprechenden Ländern kontinuierlich eine größere Wirksamkeit entfalten kann.

Ich glaube, dass wir hier insgesamt – deswegen empfehle ich auch die Zustimmung – einen Haushalt als guten Rahmen vorlegen, den der Minister, der seinen Job im Übrigen ganz hervorragend macht, ganz sicher auch in hervorragender Weise ausfüllen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Priska Hinz das Wort.

**Priska Hinz** (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Beitrag von Jürgen Koppelin war unterirdisch; das muss ich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Volkmar Klein hat hier

(Volkmar Klein [CDU/CSU]: Endlich einmal gesagt, worum es geht!)

eine Vernebelungstaktik versucht, um schlechte Buchhaltungstricks zu verbergen. Damit kann man vielleicht Abgeordnete beeindrucken, die nichts vom Haushalt verstehen, aber selbst die will ich in Schutz nehmen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Frau Kollegin, wollen Sie sagen, dass es Erste- und Zweite-Klasse-Abgeordnete gibt?)

– Nein, deswegen sage ich ja, dass ich sie in Schutz nehme. – Das, was Volkmar Klein hier gesagt hat, war ein durchschaubares Manöver: Sie haben die 80 Millionen Euro, die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom BMZ zum Auswärtigen Amt verschoben wurden, genutzt, um zu sagen: Es wurde ja gar nicht gekürzt. – Für so dumm kann man uns schlicht und einfach nicht verkaufen. So dumm ist niemand!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Diese 80 Millionen Euro hätten im Haushalt des BMZ eigentlich draufgesattelt werden müssen. Hinzu kommen müssten noch die insgesamt 144 Millionen Euro, die aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zurückgeflossen



**Priska Hinz (Herborn)**

- (A) sind. Das wäre dann eine reelle Zahl. Alles andere ist eine Kürzung des Haushalts des BMZ.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Funktionsverlagerung ist Funktionsverlagerung! Da gehen die Mittel doch mit!)

Darüber können auch viele Worte nicht hinwegtäuschen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin Hinz, der Kollege Heiderich würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ja, gerne.

**Helmut Heiderich (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Kollegin, wir haben eben der Rede von Herrn Koppelin zugehört. Ich habe von Herrn Koppelin erfahren, dass dem Antrag, die Mittel für den EEF um 144 Millionen Euro zu kürzen, auch die Grünen zugestimmt haben.

(Helga Daub [FDP]: Genau!)

Ich habe mir das so notiert. Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Aussage. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Haben Sie zugestimmt oder nicht? Vernebeln Sie das jetzt, indem Sie hier andere Dinge in die Diskussion einbringen?

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es freut mich, dass meine Antwort nicht auf die Redezeit angerechnet wird; denn das wollte ich eh sagen. Vielen herzlichen Dank! – Ja, wir waren der Meinung, dass es keinen Sinn macht, die 144 Millionen Euro, die beim Europäischen Entwicklungsfonds nicht gebraucht werden, dort verfallen zu lassen. Dass die Mittel da gekürzt werden müssen, ist völlig logisch.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Ach so!)

– Darf ich bitte ausreden? – Das Ministerium hat Vorschläge unterbreitet, wo die Mittel etatisiert werden können. Ihre Koalition hat diese Vorschläge als Berichterstattervorschläge aber nicht gelten lassen und nicht als Anträge eingebracht. Wir Grünen haben einen ODA-Aufholplan vorgelegt, mit dem wir 900 Millionen Euro zusätzliche Mittel für das BMZ beantragt haben.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ungedekte! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Zusätzliche Schulden sind das!)

Zusätzlich 900 Millionen Euro! – Sie können ruhig stehen bleiben, bis ich Ihnen eine vollständige Antwort gegeben habe. – Hinzu kommen 300 Millionen Euro für weitere Etats. Das macht 1,2 Milliarden Euro

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Schulden!)

- plus 600 Millionen Euro zusätzlich für den internationalen Klimaschutz. (C)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Alles ungedeckte Schulden!)

Sie können uns also nicht vorwerfen, dass wir für Entwicklungszusammenarbeit nicht genügend Geld ausgeben wollen. Im Gegenteil: Wir halten am 0,7-Prozent-Ziel fest. Wir würden mit diesem Aufholplan das BMZ stärken. Mit diesem Aufholplan würden wir auch das 0,7-Prozent-Ziel erreichen, zwar nicht 2014, aber 2017.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wir haben eine Staatsschuldenkrise, und Sie gehen so mit dem Geld um!)

Diese Kürzung im Haushalt des BMZ erfolgte wohl auf Wunsch eines einzelnen Abgeordneten im Haushaltsausschuss, der derselben Fraktion angehört wie der Minister.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

Das ist eine ganz besonders pikante Sache. Dass die CDU, die ihre Kanzlerin immer aufs internationale Parkett schickt, da mitmacht, finde ich besonders erstaunlich. Sie haben ja auch offensichtlich Probleme, hier zu argumentieren. Deswegen hat Volkmar Klein ja auch so virtuos eine Vernebelungstaktik angewandt.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Er hat die Fakten auf den Tisch gelegt!)

- (D)

Ich weiß, dass viele von Ihren Kolleginnen und Kollegen das Ganze nicht mittragen wollen. Wir sind gespannt, wie nachher die Abstimmung über unseren Änderungsantrag ausgeht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ablehnung!)

Ich halte es für notwendig, noch einmal deutlich zu machen, dass die entwicklungspolitische Strategie der Bundesregierung und der Koalition auch jenseits der Tatsache, dass das ODA-Ziel aufgegeben wurde und der Koalitionsvertrag zumindest in diesem Bereich überhaupt nicht mehr gilt, nicht richtig erkennbar ist. Es gibt zwar eine Vereinbarung, die festlegt, wie die Not- und Übergangshilfe in das Auswärtige Amt überführt werden soll. Die Glaubwürdigkeit wurde aber schon bei der ersten Nagelprobe erschüttert, als es darum ging, wer für die Not- und Übergangshilfe sowie die Strukturhilfe eigentlich verantwortlich ist. Da haben Sie schon versagt. Es gab wieder keine Koordination zwischen den Ministerien. Es mussten erst Zeitungsberichte erscheinen, bevor die Minister klärten, wer bei der Hungersnot in Dadaab zuständig ist, wer künftig die Mittel ausgibt und wer die Verträge weiter gestaltet. Das ist doch wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das zeigt, dass wir mit unserer Auffassung richtigliegen, dass es nicht sinnvoll ist, die entsprechenden Mittel zu

**Priska Hinz (Herborn)**

- (A) verschieben, und dass es notwendig ist, die Not- und Übergangshilfe im BMZ zu belassen.

Zu der Frage, ob das BMZ die Federführung im Lenkungsausschuss haben soll, haben wir noch gar nichts gehört. Wir wissen überhaupt nicht, wer die Federführung besitzt und wie die Koordination innerhalb der Bundesregierung aussieht. Es ist schlecht für die Entwicklungszusammenarbeit, wenn es hier kein federführendes Ressort gibt, das mit den anderen Ressorts Kooperationen und Ausgaben vereinbart. Die vielbeschworene Kohärenz gibt es nicht.

Wir haben, wie gesagt, 900 Millionen Euro zusätzlich beantragt.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ungedeckt!)

– Nein, die sind nicht ungedeckt, lieber Kollege Barthle. Sie wissen genau, dass wir in der Bereinigungssitzung einen entsprechenden Deckungsvorschlag gemacht haben, aus dem hervorgeht, wie das Ganze finanziert wird und wie gleichzeitig die Nettokreditaufnahme stärker gesenkt werden kann als jetzt durch die Koalition.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Eine Luftbuchung!)

Jenseits der Quantität setzen wir deutliche Schwerpunkte bei Klimaschutz, Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern sowie bei Grund- und Sekundarbildung. Außerdem müssen die multilateralen Hilfen gestärkt werden; denn im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit muss man die Kooperation mit anderen Geberländern und internationalen Organisationen suchen.

(B)

Ein letzter Satz. Wir Grüne hätten sicherlich auch 1,2 Milliarden Euro mehr beantragen können,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Mit Deckungsvorschlag!)

um die Umsetzung unseres Aufholplans bei der ODA-Quote zur forcieren. Wir haben nun einen Änderungsantrag vorgelegt, der zum Ziel hat, wenigstens den ursprünglichen Ansatz für das BMZ wiederherzustellen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin.

**Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich hoffe sehr, dass Sie sich ein Herz fassen und unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Helga Daub hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Helga Daub (FDP):**

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Selten hat ein Haushalt schon im Vorfeld solch eine mediale Begleitmusik erfahren wie dieser Einzelplan. Das ist auch gut so. Endlich ist der zweitgrößte Investitionshaushalt, der sonst eher unter Nichtbeachtung leidet, auch einmal im Fokus.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt überhaupt keinen Grund, unsere Erfolge kleinzureden.

Wenden wir uns den Tatsachen zu. Bei wichtigen Schwerpunkten tun wir heute mehr als zuvor. Multilateral stocken wir die Mittel für die Vereinten Nationen um 10,4 Millionen Euro auf. Kollege Koppelin hat die Zahlen schon erwähnt, aber das kann man nicht oft genug machen.

(Beifall der Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP] und Norbert Barthle [CDU/CSU])

Das Gleiche machen wir bei der internationalen Zusammenarbeit mit den Regionen. Da beträgt die Aufstockung insgesamt 10 Millionen Euro.

(Zuruf der Abg. Dr. Bärbel Kofler [SPD])

Entwicklungspolitische Vorhaben der Stiftungen und der Kirchen erhalten mit jeweils 2 Millionen Euro mehr einen größeren finanziellen Spielraum. Durch dieses Geld für die Zivilgesellschaft stärken wir das bürgerschaftliche Engagement; dies ist ein wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Im Übrigen ist das ein Kernanliegen liberaler Politik. Im Koalitionsvertrag wird nicht grundlos auf die wichtige Rolle von Kirchen und Stiftungen hingewiesen. Diese Institutionen sind unverzichtbar für den Aufbau und die Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in Entwicklungsländern. Wir alle erleben ja die Dynamik der Veränderungen in diesen Ländern. Insofern ist es folgerichtig, dass wir in unserem Haushalt einen entsprechenden Aufwuchs haben. Stiftungen und Kirchen können auch gerade in den Ländern arbeiten, in denen sich staatliche Organisationen nicht oder noch nicht etablieren können. Dort leisten sie unverzichtbare Arbeit.

Wir wollen eine intensive Einbindung aller Beteiligten in die Entwicklungspolitik. Das heißt für uns: Wir setzen auf den Dreiklang von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Da ich gerade die Wirtschaft erwähne – ich weiß, einige mögen jetzt vielleicht Pickel bekommen –, möchte ich sagen: Durch jeden Euro, den wir ausgeben – das Ministerium heißt ja auch Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung –, kommen 3 bis 4 Euro zurück. Es ist also ein Geben und Nehmen. Wir erschließen neue Märkte. Wir schaffen auch Arbeitsplätze. Mindestens genauso wichtig ist, dass wir damit auch helfen, unsere Werte und Standards zu verbreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das habe ich befürchtet!)

**Helga Daub**

- (A) – Ja, gut, Sie haben andere Werte und Standards. Das weiß ich.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wohl wahr! – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wenn überhaupt!)

Der Bereich Aus- und Fortbildung – dies wurde schon mehrmals erwähnt – wird jetzt mit einem Plus von 5 Millionen Euro verstärkt. Der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und die Deutsche Welle profitieren davon. Damit werden wichtige Weichen für die Zukunft und für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik gestellt.

Natürlich würden wir alle gerne mehr geben und mehr helfen. Ich mache an dieser Stelle auch keinen Hehl aus meiner Enttäuschung, dass der Einzelplan 23 nicht die vollen 144 Millionen Euro bekommt. Ich weiß, ich habe das mit unterschrieben. Schließlich sind es nicht abgerufene Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds; das sind Gelder, die wir uns eigentlich erarbeitet haben. Dass ich das so hinnehme – ich spreche jetzt für mich persönlich –, hat damit zu tun, dass wir nicht der einzige Haushalt sind, der Kürzungen hinnehmen muss. Das Ganze dient der Haushaltskonsolidierung. Ich habe noch die Worte des haushaltspolitischen Sprechers der SPD im Ohr – er ist gerade nicht anwesend –, der die ganze Zeit von Haushaltskonsolidierung gesprochen hat. Daher müsste ihm an dieser Stelle das Herz höher schlagen.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Was ist mit den Prioritäten in Zukunftsinvestitionen?)

Übrigens ist der vorübergehende Minderbedarf der Europäischen Kommission nicht zuletzt unserer kritischen Haltung zur Budgethilfe geschuldet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auch die Europäische Kommission schaut jetzt im Interesse der Steuerzahler bei der Mittelvergabe genauer hin. Immerhin gehen noch 20 Millionen Euro dieser 144 Millionen Euro in den Haushalt des BMZ. Die restlichen 124 Millionen Euro werden zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt. Letztlich ist dies ein lobenswertes Ziel.

Jetzt komme ich zur ODA-Quote. Zugegeben, es wäre in der Tat schöner gewesen, wenn wir schon jetzt sagen könnten, dass wir 0,4 Prozent erreicht hätten.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Im Koalitionsvertrag steht 0,7 Prozent!)

Es wäre ein gutes Signal dafür gewesen, dass wir den Willen haben, eine Quote von 0,7 Prozent bis 2015 zu erreichen. Dass dies gewaltiger Anstrengungen bedarf, wissen wir, Herr Hoppe. Dafür wären 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bis 2015 notwendig. Das ist nicht zu machen; aber es wäre ein gutes Symbol gewesen.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können wir noch korrigieren!)

- (C) Dazu bedarf es aber auch eines Prioritätenkatalogs – so nenne ich es einmal – des Parlaments und des Haushaltsausschusses. Ich sage an dieser Stelle: Bündnis 90/Die Grünen haben dem im Haushaltsausschuss zugestimmt.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben doch viel mehr beantragt!)

Nun könnten es – eine Nachrechnung wird das ergeben – 0,39 Prozent werden; eventuell ist auch eine Quote von 0,4 Prozent möglich. Zum Vergleich: Beim Amtsantritt dieser Regierung betrug die ODA-Quote 0,35 Prozent.

Vielleicht sollte man die Vorgaben zur Berechnung der ODA-Quote, die immerhin – es ist vorhin schon einmal erwähnt worden – 30 Jahre alt sind, einmal überdenken. Ohne die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit zu mindern, sollte man überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind. Um deutlich zu machen, was sich in den letzten 30 Jahren alles verändert hat, braucht man nur auf die Informationstechnologie und auf all die Veränderungen zu verweisen, die sie mit sich gebracht hat.

Allerdings – das betrifft unseren Bereich ganz besonders – sind aus vielen Entwicklungsländern inzwischen Schwellenländer geworden.

(Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

- (D) Wollen Sie die Frage von Herrn Kekeritz zulassen?

**Helga Daub (FDP):**

Nein. – Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich sage ganz nebenbei: Wenn wir in Europa und in Deutschland nicht aufpassen, sind wir eines Tages diejenigen, die der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern bedürfen.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Wie bitte? – Weitere Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist jedoch eine Diskussion, die man an anderer Stelle und unter anderen Gesichtspunkten führen muss.

Noch einmal: Wir stellen die ODA-Quote nicht infrage. Aber man sollte vielleicht über eine Anpassung der Kriterien zu ihrer Berechnung nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bevor von der Opposition allzu sehr gebarmt wird, muss ganz deutlich festgestellt werden: Seit 2009 entspricht der Aufwuchs der ODA-Quote einem Betrag von immerhin 1,3 Milliarden Euro, und die Bundesrepublik ist nach wie vor zweitgrößter bilateraler Geber weltweit.

Da meine Redezeit fortgeschritten ist,

(Bärbel Kofler [SPD]: Ja! Zum Glück!)

komme ich zum Schluss.

(Beifall des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

**Helga Daub**

- (A) Fakt ist: Seit Amtsantritt dieser Regierung ist der BMZ-Etat um gut 600 Millionen Euro gestiegen. Entwicklungszusammenarbeit ist eine Investition in eine bessere Zukunft für die Entwicklungsländer. Diesem Ziel ist diese Regierung weiterhin verpflichtet.

(Bärbel Kofler [SPD]: Man merkt nur nichts davon!)

Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Sascha Raabe hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Sascha Raabe (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Daub, im Fachausschuss schätze ich Sie ja durchaus.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Zu Recht!)

Aber wenn Sie in einer Situation, in der Deutschland, was die Steuereinnahmen angeht, bedingt durch viele Faktoren so gut dasteht wie nie – wenn Sie heute Morgen die Generaldebatte verfolgt haben, konnten Sie das hören –, sagen: „Wir müssen aufpassen, dass Deutschland nicht irgendwann einmal zu einem Entwicklungsland wird“, und wenn ausgerechnet in einem Jahr, in dem wir eine so gute finanzielle Basis haben, der Entwicklungsetat gekürzt wird,

- (B) (Otto Fricke [FDP]: Ich denke, Sie wollen noch mehr sparen! Was denn nun?)

dann ist das ein Schlag ins Gesicht der 900 Millionen Menschen, die hungern. Das ist schäbig, und das weise ich hier in aller Schärfe zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Das ist nicht schäbig! – Otto Fricke [FDP]: Sie wollen doch noch mehr sparen!)

Deutschland ist ganz weit davon entfernt, ein Entwicklungsland zu werden. Aber in der Tat verspielen wir unsere Zukunft, wenn wir nicht über den eigenen Teller rand blicken und nicht verstehen, dass wir in einer Welt leben, in der wir die bestehenden Herausforderungen nur gemeinsam mit anderen Ländern bewältigen können. Das gilt gerade im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum. Bis zum Jahr 2050 werden 9 Milliarden Menschen auf der Welt leben. Mit all diesen Menschen sitzen wir sozusagen in einem Boot; wir müssen sie mitnehmen.

Wir können uns nicht ausklinken und so tun, als würden wir nicht wahrnehmen, was um uns herum geschieht. Wir erleben gerade in sehr vielen Staaten Kriege, Konflikte, Hunger, Armut, Chaos und Terror. In einer solchen Situation können wir doch nicht einfach den Entwicklungsetat kürzen und dann noch sagen: Das müssen wir machen, weil Deutschland sonst selbst ein Entwicklungsland wird. – So geht das nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Die Probleme sind nicht erst seit heute bekannt, sondern sie kamen schon in der ersten Debatte zu diesem Haushalt zur Sprache. Der Aufwuchs in Höhe von 37,5 Millionen Euro, der im Haushalt enthalten ist, hätte – das wissen wir doch alle – nie im Leben gereicht, um unserem internationalen Versprechen, bis 2015 eine ODA-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen, auch nur ansatzweise nachzukommen. Spätestens jetzt werden Sie zu Vertragsbrechern. Wir haben heute schon mehrmals festgestellt: Dieser Koalitionsvertrag ist wirklich das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist; er ist genauso hinfällig wie Ihre gesamte Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Ergebnis der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses lag im Morgengrauen vor. Der Begriff „Grauen“ trifft es ziemlich genau. Das Geld, das dringend gebraucht wird für den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, für Bildung, für Gesundheit, für Ernährungssicherung, für Bewässerungsprojekte, all das Geld fehlt jetzt. Deswegen haben viele Organisationen der Zivilgesellschaft uns Abgeordnete heute noch einmal angeschrieben und an uns appelliert, diese Kürzungen nicht hinzunehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, hören Sie die Signale! Haben Sie den Mut, auch einmal gegen Ihre Fraktionsoberen zu stimmen! Stimmen Sie diesen Kürzungen nachher nicht zu!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

(D)

Zu verantworten, Herr Minister Niebel, hat diese Kürzungen keineswegs das Parlament, wie Sie es in einer Pressemitteilung und in der Haushaltssitzung behauptet haben. In diesem Haus gab es einen entwicklungspolitischen Konsens. Die Mehrheit der Abgeordneten hat einem Aufwuchs um 1,2 Milliarden Euro pro Jahr zugestimmt. Sie haben daraus nie etwas gemacht. Wenn Sie auftreten, ob hier oder in aller Welt, dann tun Sie das breitbeinig und am liebsten mit Feldjägermütze.

(Zurufe von der FDP)

Letztes Mal, bei der ersten Debatte, haben Sie – großspurig, wie Sie sind – etwas von einem Rekordhaushalt erzählt. Und jetzt lassen Sie sich von Ihrem eigenen Haushälter, von Herrn Koppelin, am Nasenring durch die Manege ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Das ist doch lächerlich. Kein Wunder, dass Sie am Kabinetttisch nicht einen einzigen Tagesordnungspunkt durchgesetzt haben. Wie wollen Sie gegenüber der Bundeskanzlerin 1 Milliarde Euro durchsetzen, wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, 37 Millionen Euro gegenüber Ihrem eigenen Haushälter durchzusetzen? Das ist eine Lachnummer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Sascha Raabe**

- (A) Herr Minister, Sie sollten einmal Ihr Verhältnis zu den Kollegen Ihrer eigenen Partei überprüfen. Auch als Sie damals einen Sonderfonds für Haiti forderten, hat Ihnen Herr Koppelin den herausgestrichen. Es kann doch nicht sein, dass jedes Mal, wenn Herr Koppelin „Sitz!“ sagt, der Bundesminister für Entwicklung, der Wuffi Dirk, wie ein kleiner Hund mit dem Schwänzchen wackelt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch ein wichtiges Thema, Herr Minister. Da reicht es nicht, sich aufzuplustern. Sie müssen wenigstens Ihren eigenen Haushälter mit Autorität von Ihrer Sache überzeugen. Sonst werden Sie mit Ihren Anliegen im Kabinett keine Glaubwürdigkeit haben.

Herr Minister, ich habe schon mehrmals Ihre Vetterwirtschaft kritisiert. Das mache ich jetzt nicht noch einmal. Bemerkenswert ist aber, dass die Personalpolitik im BMZ – das spiegelt sich im Haushalt wider – immer mehr in Richtung Wahlkampf geht. Die Abteilung „Planung und Kommunikation“ wird mit Stellen aufgebläht. Der Personalrat spricht davon, dass – ich zitiere – „in den operativen Kernbereichen des Hauses Schmalhans Küchenmeister ist“, weil immer mehr gute Leute aus den Fachabteilungen abgezogen werden, sodass letztlich nur noch Propaganda gemacht wird.

Man muss sich dann schon die Frage stellen, ob mit diesem Haushalt für das Jahr 2013 nicht eher das Ziel verfolgt wird, den Bundestagswahlkampf statt im Dehler-Haus im BMZ mit dem Geld der deutschen Steuerzahler planen zu können. Nachdem Sie die Servicestelle „Engagement Global“ gegründet haben, werden Sie demnächst wahrscheinlich auch noch eine Servicestelle „Engagement Liberal“ gründen. Wenn es um Ihre Partei geht, Herr Minister, ist Ihnen nichts zu teuer. Das trifft aber auf die Menschen, die es nötig hätten, leider nicht zu.

Herr Minister, Sie haben in Ihrem Haus seit 2010, wenn ich richtig gezählt habe, mehr als 20 Strategiepapiere schreiben lassen. Selbst wir als Fachpolitiker haben Mühe, da die Übersicht zu behalten.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Das kann ich mir bei Ihnen vorstellen! – Weiterer Zuruf von der FDP: Strengt euch mal an!)

Ständig werden uns neue Konzepte präsentiert. In der Chefetage des BMZ wird so viel heiße Luft produziert, dass man schon Angst vor Wüstenbildung haben muss. Dazu passt, dass Sie uns neulich ein entwicklungspolitisches Weißbuch vorgelegt haben, in dessen zehn Hauptbotschaften auf der ersten Seite Sie eigentlich nur sich selbst feiern. Die Begriffe „Hunger“ und „Armut“ tauchen in dieser Gliederung kein einziges Mal auf.

Ich kann nur sagen: Wir Sozialdemokraten haben eine Strategie vorgelegt, in der die Bekämpfung von Hunger und Armut an allererster Stelle steht. Sie hingegen machen in erster Linie Außenwirtschaftsförderung. Sie haben eine Ressortvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt geschlossen, die angeblich zu einer besseren Abstimmung und mehr Effizienz – Sie nehmen ja immer das Wort „Ef-

fizienz“ in den Mund – führten sollte. Dann werfen Sie Ihrem ehemaligen besten Freund Westerwelle aber vor: (C)

Es kann nicht sein, dass Menschen in der von Krisen geschüttelten Region am Horn von Afrika unter der Untätigkeit des Auswärtigen Amtes leiden.

Das kommt dabei heraus, wenn man die Kernzuständigkeit des BMZ, nämlich humanitäre Hilfe zu leisten, auslagert, um einen Kuhhandel zu machen. Anschließend klagen Sie öffentlich in der Presse Westerwelles Untätigkeit an. Da kann natürlich eine Männerfreundschaft schon einmal auf der Strecke bleiben. Noch schlimmer ist aber, dass Zehntausende Flüchtlinge in der Krisenregion am Horn von Afrika darunter leiden.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Raabe!

**Dr. Sascha Raabe (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Ich kann Ihnen nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition: Wenn Sie heute so abstimmen, wie Sie abstimmen wollen, dann müssen Sie den Menschen erklären, warum Sie an diesem trüben Novembertag das 0,7-Prozent-Ziel zu Grabe getragen haben. Ich appelliere an Ihr Gewissen: Stimmen Sie dem nicht zu!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Johannes Selle hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Johannes Selle (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Das Ziel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung ist es, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das ist eine ehrenvolle Aufgabe, die aber riesengroß ist und die durch Bevölkerungswachstum, Klimaveränderungen und Ressourcenverknappung wächst. Zusätzlich erfordern Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürren unsere Hilfe. Dort, wo Not herrscht, muss auch in Zukunft schnell geholfen werden. Deutschland hat auf die Hungersnot in Ostafrika zum Beispiel unmittelbar mit Hilfen in Höhe von 33,5 Millionen Euro reagiert – zusätzlich zu den Leistungen im Rahmen unserer multilateralen Zusammenarbeit.

Die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen, wird wohl leider nicht ganz gelingen. Gerade bei Hunger und Unterernährung sind die Zahlen – erst von 20 Prozent auf 16 Prozent gefallen und jetzt wieder auf 19 Prozent gestiegen – ganz wesentlich verursacht durch die steigenden Lebensmittelpreise.

Wir werden zunehmend damit konfrontiert, durch fehlende Entwicklung verursachte kriegerische Auseinandersetzungen und terroristische Bedrohungen zu bewältigen. Ich darf an Mali, Sudan, Südsudan und ganz aktuell an Kongo erinnern. Deshalb ist es wichtig, dass

Johannes Selle

- (A) wir in unserer Entwicklungszusammenarbeit Konfliktprävention fördern und vor allem in fragilen Staaten mit unserem Engagement nicht nachlassen.

(Zuruf der Abg. Dr. Bärbel Kofler [SPD])

Aus meiner Sicht ist es an der Zeit, dem Gedanken eines stärkeren, dauerhaften Engagements in einem Land näherzutreten. Dadurch könnte langfristig der Verwaltungsaufbau und damit eine gute Regierungsführung schneller vorangebracht werden. Der Südsudan zum Beispiel braucht das. Ganzheitliche Konzepte fehlen einfach. Zudem würden die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft in Deutschland viel stärker motiviert.

Mit Minister Niebel hat es einen Paradigmenwechsel gegeben.

(Zuruf von der SPD: Ja, das stimmt!)

Die Entwicklungszusammenarbeit hat ihre Wirksamkeit im Inland erhöht. Die Vorfeldreform, an der sich die Vorgängerin des Ministers elf Jahre lang erfolglos versucht hat,

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Das kann man sagen!)

ist eine große Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Die Integration von WZ-Referenten an den deutschen Botschaften kommt voran und wird von unseren Partnern sehr geschätzt. Für den Umgang mit fragilen Staaten wurde ein schlüssiges und anerkanntes Konzept vorgelegt.

Wenn Jobs wichtig für die Bekämpfung der Armut sind, dann heißt das, die Wirtschaft einzubeziehen. Nachhaltige Beschäftigung und selbsttragender Aufschwung brauchen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern hat eine größere Bedeutung bekommen. 90 Prozent aller neugeschaffenen Stellen entstehen nämlich durch privatwirtschaftliche Initiativen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

„Der Privatsektor ist Wachstumsmotor“, so Staatssekretärin Gudrun Kopp. In dieser Linie steht auch der Haushaltsentwurf der Regierung mit einer Erhöhung von 37,5 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 6,4 Milliarden Euro.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Also das ist ja jetzt wirklich Makulatur! Reden Sie doch über das, worüber wir heute abstimmen!)

Wir Entwicklungspolitiker wünschen uns mehr, aber wir stehen in der Verpflichtung, den Haushalt zu konsolidieren. Das ist auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sehr wichtig, damit wir weiter helfen können.

Alle wesentlichen Positionen im Haushalt steigen nach diesem Entwurf. Ich rede dabei von den Positionen, deren Mittel an Institutionen gehen, die direkt für die Menschen arbeiten.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Haben Sie die falsche Rede dabei?) (C)

Der Ansatz für den Europäischen Entwicklungsfonds betrug 838 Millionen Euro. Wegen fehlender sinnvoller Projekte meldete die Kommission einen um 144 Millionen Euro geringeren Bedarf an. Niemand hat bisher hinterfragt, warum der Europäische Entwicklungsfonds seine Ziele wiederholt nicht erreicht hat. Daran hat auch die Opposition keine Kritik geübt. Wir hätten das nicht benötigte Geld gerne in andere Projekte gesteckt. Dazu haben wir auch Vorschläge vorbereitet.

Entwicklung, Hilfe und Arbeit zugunsten der Schwächsten in der Welt: Das ist unsere tägliche Beschäftigung und wird dadurch zu einer Angelegenheit des Herzens, weil wir eben so dicht dran sind. Im Haushaltsausschuss wurden nun Tatsachen geschaffen.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Ja, leider!)

Von den 144 Millionen Euro wurden 22,9 Millionen Euro dem Einzelplan 23 für die Verstärkung der Projekte belassen. 121 Millionen Euro wurden zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet. Das mag vor dem Hintergrund der Verschuldung plausibel erscheinen, wäre von den Entwicklungspolitikern aber nicht unterstützt worden. Im weiteren parlamentarischen Verfahren ist aber eine Änderung nicht so einfach möglich.

Die Projekte, die im Entwurf des Haushaltes vorgesehen waren, haben darunter nicht gelitten. Die Mittel dafür wurden teilweise erhöht. Das darf man auch einmal sagen. Ich möchte auch auf die Gefahr hinweisen, dass der Europäische Entwicklungsfonds die Gelder, die er nicht gebraucht hat, noch einfordern kann, wie es in der Finanzierungsvereinbarung steht. (D)

Noch einige Worte zu den Anträgen, über die heute abgestimmt werden muss:

Die SPD verlangt ganz locker 1,4 Milliarden Euro mehr

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und legt natürlich keine Gegenfinanzierung vor, obwohl Kollege Steinbrück gerade heute früh eine Nullverschuldung für möglich hielt.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Da stimmt nicht einmal die Summe!)

Das ist im Vergleich zu den gut 2,25 Milliarden Euro, die die Linken in ihren Anträgen fordern,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

bescheiden. Vielleicht gilt auch hier der Satz: Je weiter weg von einer Regierungsbeteiligung man ist, desto leichter fallen die Forderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für Ausgaben von 2,25 Milliarden Euro reichen der Linken eineinhalb Seiten. Wenn man die Mittel für die Schwerpunkte addiert, die nach Ihrer Meinung mehr Unterstützung benötigen, dann sieht man, dass 800 Millionen Euro gar nicht untersetzt sind, nach dem Motto: Das Ministerium wird die restlichen Gelder schon vernünftig

Johannes Selle

- (A) einsetzen. – Meine Kollegen von den Linken, diese ein- einhalb Seiten sprechen ganze Bände, wie seriös Sie mit der knappen Ressource Steuergeld umgehen.

Aber auch die nicht untersetzten Forderungen der SPD sind groß genug, dass man annehmen kann, dass sie ebenfalls nicht mit einer Regierungsbeteiligung rechnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bleibt der Antrag der Grünen, der es zwar in sich hat, aber aufgrund der Zustimmung im Haushaltsausschuss in einem ganz anderen Licht erscheint. Der Antrag trifft auch den Nerv der Unionsabgeordneten, die als Fachpolitiker von dem Beschluss im Haushaltsausschuss überrascht wurden. Ich habe die Initiative unterstützt, das 0,7-Prozent-Ziel verstärkt anzustreben.

(Dr. Bärbel Kofler [SPD]: Wie winden Sie sich jetzt da raus?)

„Wir wollen nicht die Union ...“, hat Ihr Vorsitzender auf dem Parteitag der Grünen unter Beifall gerufen,

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Ja, das war ein Fehler!)

den Sie anschließend wiedergewählt haben. Was Sie heute wollen, ist aber, unser gemeinsames Ziel politisch auszunutzen. Ich mag mich aber nicht auf diesen klebrigen Fliegenfänger setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ich habe das nicht gesagt!)

- (B) Dass wir mit einem Anteil am Gesamthaushalt von 2 Prozent mit über 10 Prozent zum Sparen im Gesamthaushalt beitragen, macht uns nicht glücklich. Ich und meine Kollegen geben das Ziel nicht auf, für eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit die dafür nötigen Mittel aufzubringen. Dabei wissen wir die Kanzlerin an unserer Seite. Für die nächsten Beratungen sind wir jedenfalls sensibilisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Kollege Niema Movassat.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Niema Movassat (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Niebel, ich bin guter Dinge, dass dies heute der letzte entwicklungspolitische Haushalt unter Ihrer Verantwortung ist, den wir uns antun müssen. Ihre Bilanz als Entwicklungsminister ist verheerend.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Das ist falsch, Herr Kollege!)

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben, dass Sie 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufbringen wollen. Damit wollten Sie ein vor über 40 Jahren abgegebenes völ-

kerrechtlich verbindliches Versprechen einlösen. Aber seit Ihrem Amtsantritt dümpelt die deutsche Entwicklungshilfequote bei mageren 0,4 Prozent oder weniger herum. Das zeigt, wie viel Ihnen Entwicklungszusammenarbeit praktisch wert ist: so gut wie nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Um wie versprochen die 0,7 Prozent bis 2015 zu schaffen, bräuchten wir eine Steigerung des Entwicklungshaushalts von etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr. Deshalb, Herr Selle, haben wir diesen Antrag hier eingebracht. Machbar ist das. Wer 33,3 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt ausgibt wie diese Regierung, aber nur 6,3 Milliarden Euro für Entwicklung, setzt falsche Prioritäten. Mit einem Bruchteil des Geldes, das Sie für Rüstung und Krieg ausgeben, ließen sich Armut und Elend auf dieser Welt bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun soll das Volumen des Entwicklungshaushalts sogar noch schrumpfen. Das besonders Pikante ist, dass Sie diese Haushaltskürzungen laut Presseberichten Ihrem Parteikollegen Koppelin zu verdanken haben, der Sie damit offensichtlich schwächen möchte. Da stimmt dann wohl bei der FDP der Satz: Die Steigerung von Feind ist Parteifreund.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Eines Ihrer Ziele war die Fusion der staatlichen technischen Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben dafür GTZ, DED und InWEnt zur GIZ, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, zusammengefügt. Damit sollte die Entwicklungsarbeit effektiver werden. Die Idee war gut, die Realität ist ein Trauerspiel. Viele Beschäftigte sind frustriert. Laut der jüngsten Mitarbeiterbefragung ist fast die Hälfte der GIZ-Belegschaft mit dem Fusionsprozess und der Arbeit des Vorstands unzufrieden. Da Sie, Herr Niebel, das Projekt immer als Chefsache behandelt haben, ist das auch für Sie ein vernichtendes Urteil.

(Beifall bei der LINKEN)

Verheerend ist auch die politische Umorientierung, die Sie in der GIZ vorantreiben. Sie bauen das Unternehmen zu einem weltweiten Dienstleistungsunternehmen für Aufgaben aller Art um. Die Kernaufgabe der Entwicklungspolitik, die Armutsreduzierung, fällt dabei hinten runter. Im neuen Leitbild der GIZ steht dazu kein Wort mehr.

Während für uns im globalen Norden eine ausreichende Ernährung, fließend Wasser und Strom meist selbstverständlich sind, kämpfen unzählige Menschen im Süden täglich ums nackte Überleben. 1,4 Milliarden Menschen weltweit leben in extremer Armut. Die Teller bleiben leer, Schulen sind unerreichbar, sauberes Wasser ist Luxusgut. Angesichts dessen ist Armutsbekämpfung wichtiger denn je.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen bietet die GIZ Dienstleistungen an, die mit Menschenrechten und Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun haben. So bildet die GIZ saudische Grenz-

**Niema Movassat**

- (A) polizisten aus. Ich frage Sie, Herr Niebel: Ist Saudi-Arabien, in dem Frauen gesteinigt, Menschen zur Bestrafung Gliedmaßen abgehackt werden, ein Beispiel für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit? Wir als Linke sagen klar Nein.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Sie zahlen dafür!)

Für Sie ist Entwicklungspolitik nichts anderes als Außenwirtschaftsförderung im Interesse deutscher Unternehmen. Diese profitieren von Ihrem Kurs, nicht kleine und mittelständische Unternehmen in den Ländern des Südens.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dazu passen auch Ihre Renditeerwartungen. Vor kurzem sprachen Sie im Entwicklungsausschuss davon, dass jeder Euro in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer Erhöhung des deutschen Exports um 3 bis 4 Euro führt. Aus 1 Euro mach 4 Euro, 300 Prozent Rendite: Da erblasst ja selbst ein Herr Ackermann vor Neid.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Herr Niebel, Ihnen fällt Ihr eigener ideologischer Widerspruch nicht einmal mehr auf. Ich dachte, Liberale lehnen Subventionen für Unternehmen ab. Nun bauen Sie zum Beispiel mit öffentlich-privaten Partnerschaften das Entwicklungsministerium zu einem Förderinstitut für deutsche Unternehmen um. Mit liberaler Lehre hat das nichts zu tun.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Aber all das ist letztlich nur die Spitze des Eisbergs. Wir brauchen eine grundlegend andere entwicklungspolitische Strategie. Die globale soziale Ungerechtigkeit muss beendet werden.

Heute besitzen weltweit 63 000 Menschen ein Vermögen von 40 Billionen Dollar. Das ist mehr als die Hälfte des jährlichen Bruttoinlandsprodukts aller Staaten auf der Welt zusammengenommen. 63 000 Menschen – das sind gerade einmal 0,00009 Prozent der Weltbevölkerung.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Haben Sie sich vielleicht um zwei Nullen vertan?)

Gleichzeitig hat die Hälfte der Menschheit keinerlei Vermögen. Gleichzeitig verhungert alle fünf Sekunden ein Kind. Überall auf der Welt sterben Menschen an Hunger, ob in Guatemala, Kongo oder Indien.

Auf der einen Seite gibt es grenzenlosen Reichtum, auf der anderen Seite ungeheure Armut. Bei einer gerechten Verteilung des weltweiten Reichtums müsste heute niemand mehr an Hunger und Armut sterben.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb müssen wir umverteilen – in Deutschland und weltweit. Das wäre tatsächliche Entwicklungspolitik.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Thilo Hoppe hat jetzt das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (C)

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt nicht die großen Linien der Entwicklungspolitik beschreiben, sondern uns nur noch einmal vor Augen führen, um was es gleich in der namentlichen Abstimmung gehen wird. Es geht allein darum, eine Fehlentscheidung des Haushaltsausschusses zu korrigieren und zu dem Entwurf zurückzukehren, den diese Bundesregierung vorgelegt hat.

Um es klarzustellen: Wir stehen nach wie vor zu unserer Position, die Entwicklungsausgaben und die Ausgaben für humanitäre Hilfe, also die ODA-Leistungen, Jahr für Jahr um 1,2 Milliarden Euro zu steigern. Denn das wäre notwendig, um dem 0,7-Prozent-Ziel nahezukommen und es 2017 erreichen zu können. Das hätten wir wieder beantragen können, aber es wäre wieder abgelehnt worden. Das ist eine sinnlose Übung.

Das, was wir jetzt vorlegen, ist nur die Streichung einer Streichung. Was ist geschehen? Der Regierungsentwurf sah eine zwar geringfügige, aber immerhin noch eine Steigerung des Entwicklungshaushaltes vor. Dann kam die überraschende Sitzung des Haushaltsausschusses, in der im Endeffekt 124 Millionen Euro gestrichen wurden. Auch wenn hier mit vielen Zahlen jongliert wurde: Das lässt sich nicht wegreden. Das haben auch andere Kolleginnen und Kollegen zugegeben und bestätigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine reale Kürzung um 86,5 Millionen Euro. Das hat der Kollege Klein auch zugegeben. (D)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Abzüglich 78 Millionen! 78 Millionen muss man abziehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Jahren immer engagiert diskutiert und gestritten, wie hoch die Aufwüchse sein müssten. Wenn wir das heute Abend durchgehen lassen, dann wird es zum ersten Mal nach langer Zeit in die falsche Richtung gehen. Bisher ging die Fieberkurve noch nach oben. Jetzt wird es den Knick nach unten geben. Das wäre ein absolut fatales Signal für die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Welt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wäre eine schlechte Nachricht. Bitte seien Sie sich der fatalen internationalen Wirkung dieses Signals bewusst. Es ist doch kein Geheimnis – ich plaudere keine Interna aus –, dass sich der Entwicklungsminister, die Staatssekretärin und viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Entwicklungsausschuss sehr über diese Streichaktion geärgert haben.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre ja noch schöner, wenn sie es nicht machen würden!)



**Thilo Hoppe**

- (A) Herr Selle, ich nehme das Ganze sehr ernst. Ich hatte versprochen, den Text des entwicklungspolitischen Konsenses über die zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro, den viele von Ihnen dankenswerterweise unterschrieben haben, niemals zum Anlass einer namentlichen Abstimmung zu machen und Sie nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Aber darum geht es heute nicht. Es geht heute nur darum, eine Kürzung zu verhindern bzw. sie zu korrigieren.

Was wir jetzt machen, klingt paradox: Ich verteidige den Regierungsentwurf, den Entwurf dieser Bundesregierung gegenüber einer einsamen Kürzungsaktion auf Betreiben hauptsächlich eines Haushälters.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dr. h. c.!)

Darüber bitte ich jetzt nachzudenken und in sich zu gehen. Nehmen Sie den Parlamentarismus ernst!

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Völliger Quatsch!)

Denn er sieht vor, dass das Plenum dieses Bundestages das letzte Wort behält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Er sieht nicht vor, was leider Gewohnheitsrecht geworden ist: dass immer der Haushaltsausschuss das letzte Wort behalten soll.

- (B) (Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wenn man dann erst mal drin ist, sieht man das auch anders!)

Ich will jetzt nicht die Gewissensdimension ins Spiel bringen; es geht um Ihre Überzeugung. Wie gesagt, wir haben gemeinsam für Aufwüchse gekämpft und uns nur darüber gestritten, wie hoch die Aufwüchse sein müssen. Aber Kürzungen waren überhaupt nicht in Sicht, weder im Entwicklungsministerium noch bei den Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir im AwZ gut zusammenarbeiten.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, das noch zu korrigieren. Es stimmt auch nicht, dass damit der ganze Haushalt kippen würde. Wir haben uns nach der Verfahrensweise erkundigt. Es wäre möglich, diese Rücknahme der Kürzung noch am Freitag in dritter Lesung einzuarbeiten. Das würde ein winziges Stückchen mehr Schuldenaufnahme bedeuten. Aber sagen Sie jetzt bitte nicht, dass 124 Millionen Euro ein riesengroßes Problem darstellen, wenn man sieht, dass wir hohe Steuermehreinnahmen haben, dass wir 750 Millionen Euro für neue Straßen ausgeben, dass wir Beschlüsse für ein Betreuungsgeld gefasst haben usw. Es geht hier um Prioritätensetzung, um die Rückkehr zum Regierungsentwurf. Darüber können wir gleich abstimmen. Ich bitte Sie, Ihrer Überzeugung zu folgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:** (C)

Für die CDU/CSU-Fraktion hat das Wort der Kollege Helmut Heiderich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Helmut Heiderich (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bundesminister Niebel hat bei der Vorstellung des Haushalts vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, dass das BMZ zum vierten Mal in Folge einen Rekordhaushalt vorlegt.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt nicht mehr!)

Nun hat ihm der Haushaltsausschuss buchstäblich und im wahrsten Sinne des Wortes einen Strich durch die Rechnung gemacht. Meine verehrten Damen und Herren von den Grünen, eben habe ich erfahren, dass Sie an dieser Streichung aktiv beteiligt waren.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird nicht besser durch Wiederholung!)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wenn Sie jetzt mit Ihrem Antrag kommen und das, was Sie gestrichen haben, wieder aufsetzen wollen, dann ist das wirklich eine Kapriole besonderer Art.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage) (D)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Möchten Sie die Zwischenfrage von Herrn Hoppe zu lassen?

**Helmut Heiderich (CDU/CSU):**

Jetzt nicht, später bitte.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wohl?)

Was aus der technischen Sicht der Haushälter sicherlich ein Korrekturposten unter vielen gewesen sein mag, war für die Gesamtdarstellung der Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit leider ein Desaster; denn in Relation zum Haushalt 2012 – das ist jetzt schon ein paarmal gesagt worden – bleibt unter dem Strich ein Minus, wenn auch ein kleines, von 86 Millionen Euro.

Natürlich haben sich alle Journalisten und Entwicklungsorganisationen, von Agro Action bis World Vision, darauf gestürzt und sich zu Wort gemeldet. Ich will nur einige Überschriften nennen: „Deutschland kürzt Entwicklungshilfe“, „Deutschland begräbt ein Stück globaler Verantwortung“, „Deutschland verabschiedet sich aus seiner internationalen Verantwortung“, „Sparen auf Kosten der Ärmsten“ usw.

**Helmut Heiderich**

(A) (Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
So ist es! Da haben sie recht!)

Das war die direkte Reaktion auf diese Entwicklung. Ich denke, all dies wäre leicht zu vermeiden gewesen, wenn nicht auch Sie, Frau Hinz, die Hand gehoben hätten, sondern sie unten gelassen hätten.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das stimmt doch nicht! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lache mich kaputt!)

Ich sage eines dazu ganz deutlich: Wir Entwicklungspolitiker haben diese Situation nicht zu verantworten. Wir Entwicklungspolitiker – das sage ich genauso deutlich – wollen und werden uns nicht von unserer internationalen Verantwortung verabschieden. Wir werden weiter kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Trotz all dieser Schlagworte, die eben von mir zitiert worden sind, werden wir für das kommende Haushaltsjahr, auch nach der Veränderung des Etats, niemandem einen einzigen Euro wegnehmen oder irgendwelche Mittel streichen. Das Gegenteil ist richtig. Auch nach der Veränderung werden 23 Millionen Euro zusätzlich vergeben. Ich liste auf: 5 Millionen Euro für die berufliche Aus- und Fortbildung, 4 Millionen Euro für die Vereinten Nationen, 2 Millionen Euro für politische Stiftungen, 2 Millionen Euro für Kirchen und 10 Millionen Euro für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz. Das alles wird zusätzlich im kommenden Haushaltsjahr geleistet.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun werden Sie fragen: Wo ist denn das Problem? Warum diese Aufregung? Nun, wir haben eben schon gehört – ich will das ganz kurz machen –, dass für den Europäischen Entwicklungsfonds 838 Millionen Euro angesetzt waren. Zwei Tage vor der Verabschiedung gab es einen neuen Hinweis – ich habe mir das extra aus dem BMF geben lassen –, dass diese Mittel aus Gründen, die man in Brüssel zu verantworten hat und nicht bei uns – ich will das nicht lange ausführen –, reduziert werden. Das BMF hat interessanterweise in seinen Beurteilungsbogen hineingeschrieben: politische Bedeutung gering. – Ich glaube, an dieser Stelle hat man sich ein wenig verschätzt.

(Beifall der Abg. Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU])

Leider muss ich auch feststellen: Kein Einziger von denen, die ich eben zitiert habe – wenn man sich die Stellungnahmen aufmerksam durchliest, ist das eindeutig zu erkennen –, hat sich mit diesen inneren Zusammenhängen beschäftigt. Deswegen ist es auch ganz natürlich, dass sich die Opposition auf dieses Ereignis einschießt.

Ich halte aber auch fest: Was die Grünen hier heute beantragen, ist nichts anderes als Bilanzkosmetik.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist der Regierungsentwurf! Den wollen wir wiederhaben! – Georg Schirmbeck [CDU/

CSU]: Wir sind von Natur aus schön! Wir brauchen keine Schminke!) (C)

Mit der Annahme dieses Antrags – das sage ich ganz deutlich; Herr Hoppe kann mich ja gleich noch dazu befragen – wird kein Einziger weltweit im nächsten Jahr auch nur einen einzigen Euro mehr bekommen als jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Setzt man diese Veränderung in Relation zu der Entwicklungspolitik, die mit diesem Haushalt insgesamt geleistet wird, ist ganz deutlich zu sagen: Man muss die Kirche im Dorf lassen. Deutschland wird in 2013 insgesamt über 10 Milliarden Euro an ODA-Leistungen erbringen. Obwohl wir selbst nur 1,1 Prozent der Weltbevölkerung darstellen, werden wir international den zweitgrößten Anteil aller Staaten leisten – direkt hinter den USA. Auch darauf muss einmal öffentlich hingewiesen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen hat Frankreich seine ODA-Quote im letzten Jahr um 5,6 Prozent gesenkt. England hat sie um 0,8 Prozent reduziert. Außerdem hat die neue französische Regierung gerade mitgeteilt, dass die ODA-Quote für die nächsten Jahre bei 0,4 Prozent eingefroren werden soll. Und schauen Sie einmal in die USA: Die ODA-Quote beträgt dort 0,2 Prozent.

Deshalb ist dieser Fetischismus, immer auf die Hundertstelstellen nach dem Komma zu schauen und daran eine erfolgreiche Entwicklungspolitik festzumachen, für mich kein Maßstab. Für mich ist der Maßstab, ob wir es schaffen, dass die Menschen in dieser Welt eine bessere Lebensqualität erreichen. (D)

Ich will einmal einige Beispiele nennen. 3 Milliarden Menschen weltweit haben nach wie vor weniger als 2 Dollar am Tag zur Verfügung. 1,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Energie. 1 Milliarde Menschen weltweit muss immer noch Hunger leiden.

An diesen Stellen müssen wir ansetzen und aufhören, hier über Hundertstelstellen hinter dem Komma zu diskutieren.

Gerade bei der Hungerbekämpfung hat diese Koalition in den letzten Jahren eine Menge enormer Verbesserungen erreicht. Was in rot-grüner Regierungszeit – darüber haben wir uns ja schon einmal unterhalten – fast aus dem Haushalt herausgestrichen worden war, ist unter unserer Verantwortung wieder deutlich aufgewachsen. Wir haben damit international neues Renommee für Deutschland gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Ministerium hat eine Taskforce eingerichtet. Ein Zehn-Punkte-Programm ist in der Umsetzung. Gemeinsam mit dem Agrarministerium haben wir Vereinbarungen getroffen, um die Schlagkraft der beiden Ministerien zusammenzufügen. Im Sinne einer modernen Ausrichtung der Hungerbekämpfung haben wir die Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung ins Leben gerufen. Ich glaube, damit machen wir deutlich, dass wir

**Helmut Heiderich**

- (A) das Problem des Hungers weltweit von verschiedenen Seiten ins Visier nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass wir hier im Detail an Verbesserungen weltweit arbeiten, sind die 1,4 Milliarden Euro, die nach dem heute hier gestellten Antrag der SPD auf den Haushalt draufgesattelt werden sollen, wirklich kein Betrag, der in irgendeiner Weise auch nur annähernd realistisch wäre.

(Beifall der Abg. Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU])

Es kann auch nicht sein, dass Ihr haushaltspolitischer Sprecher gestern erklärt, diese Bundesregierung spare zu wenig und müsse wesentlich mehr Geld einsammeln, und Sie heute fordern, 1,4 Milliarden Euro draufzusetzen. Das ist eine Doppelmoral, die man hier nicht so stehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Letzter Punkt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es ist eben schon kurz angesprochen worden: Sie sollten sich einmal an das erinnern, was uns von den Fachleuten in der Anhörung im Frühjahr aufgegeben worden ist. Damals hieß es nicht, wir sollten zusätzliches Geld über die Welt ausschütten, sondern es hieß, wir sollten uns darum kümmern, die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu verbessern. Ich glaube, auch da haben wir und unsere Regierung einen guten Anfang gemacht. Wir haben zum Beispiel beim Global Fund gezeigt, wie man die Wirksamkeit verbessert. Wir haben das Deutsche Evaluierungsinstitut gegründet. Je höher dessen Wirksamkeit wird, desto mehr können wir mit dem eingesetzten Geld machen. Das ist allemal besser, als sich auf eine Hundertstelstelle hinter dem Komma zu konzentrieren.

(B)

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Zu einer Kurzintervention gebe ich das Wort dem Kollegen Thilo Hoppe.

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Kollege Heiderich, Sie haben behauptet, die grüne Fraktion sei für eine Kürzung des Entwicklungsetats. Ich möchte Sie herzlich bitten, diese Behauptung zurückzunehmen und zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Aufwüchse in Höhe von 900 Millionen Euro für den Entwicklungshaushalt beantragt haben.

Wenn einer Rückführung von nicht benötigten Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 144 Millionen Euro zugestimmt wurde, dann muss das gegen die Aufwüchse von 900 Millionen Euro gegengerechnet werden. Der von uns gewünschte Aufwuchs ist daher immer noch groß: mehr als 750 Millionen Euro.

Es geht hier nicht um irgendwelche Stellen weit hinter dem Komma; vielmehr stimmen wir gleich darüber ab – ich kann es noch einmal in Erinnerung rufen –, ob der

Entwicklungsetat zum ersten Mal seit langer Zeit real gekürzt wird – gegen den Willen der Bundesregierung, gegen den Willen des Entwicklungsministers und gegen den Willen vieler Kolleginnen und Kollegen aus dem Entwicklungsausschuss – oder ob wir diese Kürzung zurücknehmen und den alten Regierungsentwurf wieder einsetzen. Darum geht es gleich in der Abstimmung. (C)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege Heiderich, möchten Sie erwidern? – Bitte schön.

**Helmut Heiderich (CDU/CSU):**

Herr Kollege Hoppe, wir haben vorhin zweimal gehört, dass im Haushaltsausschuss eine Kürzung von 144 Millionen Euro beschlossen worden ist und dass dieser Beschluss dazu geführt hat, dass jetzt im Entwicklungsetat unter dem Strich kein Plus steht, wie vorher, sondern ein Minus. Die Debatte dieser Woche in allen deutschen Zeitungen und in zahlreichen Institutionen hat sich darum gedreht, dass die Kürzung von 144 Millionen Euro unter dem Strich zu einem Minus führt. Diese Kürzung ist – das ist eben von Frau Hinz bestätigt worden – mit Ihrer Stimme beschlossen worden.

(Lachen der Abg. Priska Hinz [Herborn]  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist das Ergebnis auch von den Grünen verursacht. Auch Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie dafür gesorgt haben, dass unter dem Strich ein Minus herausgekommen ist. Das dürfen Sie nicht anderen vorwerfen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können nicht rechnen!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Martin Gerster hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Martin Gerster (SPD):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Niebel, Sie haben heute um 17.40 Uhr ein Satirevideo verschickt, „Africa for Norway“, und uns Abgeordneten dabei vier unterhaltsame Minuten gewünscht. Ich kann in Anbetracht des Verlaufs der Haushaltsberatungen verstehen, dass Sie gute Stimmung machen wollen. Aber gerade heute ist es doch völlig deplatziert und grenzwertig, uns ein Satirevideo zu schicken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Ich muss schon sagen: Ich habe den Minister Niebel auch als jemanden erlebt, der kämpfen kann, der engagiert auftreten kann.

Martin Gerster

(A) (Beifall der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Aber es ist schon ziemlich traurig, dass er heute nicht bereit ist, für seinen Etatentwurf noch einmal zu kämpfen. Das müssen wir an dieser Stelle deutlich kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heute ist nämlich kein guter Tag für Armutsbekämpfung und für Entwicklungszusammenarbeit. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist sogar noch mehr: Es ist blamabel, auch für die Koalition, die anscheinend nun offen zeigt, was sich schon damals bei der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb angebahnt hat. Es ist blamabel auch für die Koalitionsfraktionen, weil der Etat des BMZ zum ersten Mal seit zehn Jahren sinkt – trotz sprudelnder Steuereinnahmen, trotz niedriger Zinsen und trotz 17 Milliarden Euro Neuverschuldung. Das ist eine Blamage für Schwarz-Gelb.

Ich frage an dieser Stelle: Wo waren eigentlich die einflussreichen Leute in der Unionsfraktion und in der FDP-Fraktion, die doch auch das tragen müssten, was die Bundeskanzlerin und der Minister Niebel auf internationaler Ebene versprechen? Der Entwicklungsminister, Herr Niebel, hat in der ersten Lesung darauf aufmerksam gemacht. Er hat wörtlich gesagt:

(B) Ich danke der Frau Bundeskanzlerin, die wiederholt das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels zu ihrer eigenen Sache gemacht hat und die auch ganz persönlich ein großes Engagement in Fragen der Entwicklungspolitik zeigt.

Ich frage jetzt: Warum wird diese Politik von der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion in den Haushaltsberatungen unterlaufen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir doch nicht hinnehmen. Warum hat denn niemand interveniert? Heute Morgen stellt sich die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, hier hin und sagt:

Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genau in diesem Ressort zeigt sich jetzt, wie wenig Unterstützung und Rückhalt sie bei der Entwicklungszusammenarbeit hat. Deswegen sage ich: Insgesamt ist das, was hier passiert, einfach nur peinlich,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

peinlich für das Ansehen Deutschlands auf internationaler Ebene. Es ist peinlich, wie internationale Zusagen unterminiert werden.

(C) Herr Niebel, bei der ersten Lesung habe ich Ihnen gesagt: Es wäre gut, wenn Sie auf dem Teppich bleiben würden. Diesen Ratschlag hätten Sie befolgen sollen; denn das, was jetzt passiert, ist wahrlich kein Ruhmesblatt für Sie und Ihre FDP-Fraktion. Das haben wir auch in den Medien entsprechend lesen können.

An dieser Stelle muss man sagen, dass wir vonseiten der SPD-Fraktion immer wieder auf die systematischen Finanzierungslücken hingewiesen haben. Wir haben immer wieder darum gebeten, auch in der Bereinigungssitzung, uns die Schritte aufzuzeigen, die notwendig sind, damit wir bis 2015 das ODA-Ziel erreichen können. Die Antwort war: Na ja, wir halten an diesem Ziel fest, aber konkrete Schritte können wir nicht nennen. – Ich finde, das ist schwach. Mit dem heutigen Tag wird nun endgültig die Katze aus dem Sack gelassen. Es zeigt sich, dass die Skepsis, die von Anfang an in der Fachöffentlichkeit, aber auch in der Öffentlichkeit insgesamt vorhanden war, mehr als berechtigt war. Die Chance, die ODA-Quote tatsächlich zeitnah zu erreichen, ist vertan. Herr Niebel, Sie können das natürlich auf die Haushalter schieben; aber ich vermisste, dass Sie wirklich um Ihren Haushaltsansatz kämpfen. Hier hätte man sich ein bisschen mehr wünschen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Was ist die Folge von dem, was heute offensichtlich mit den Stimmen der Mehrheit beschlossen werden soll? Wir sind auf internationaler Ebene nicht mehr glaubwürdig und können dort nicht mehr glaubhaft auftreten. Wen wollen wir zu mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit bewegen, wenn wir selber an dieser Stelle nicht entsprechend glaubwürdig sind, wenn wir selber an dieser Stelle hinter unseren Zusagen bleiben? Deswegen sage ich: Nein, so kann es nicht sein. Wir haben entsprechende Änderungsanträge eingebracht, sowohl in der Bereinigungssitzung als auch heute im Plenum. Ich kann nur dazu aufrufen, für unseren Antrag zu stimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich hier noch ansprechen. Wenn man Ihre Politik sieht, Herr Niebel, dann drängt sich einem immer wieder eines auf: dass Entwicklungszusammenarbeit benutzt wird, um letztendlich personalpolitisches Product Placement für die FDP zu betreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Immer wieder wurde bei den Haushaltsberatungen gesagt: Dies wird gemacht, um die Visibilität, um die Sichtbarkeit, zu erhöhen. Man hat den Eindruck, dass das BMZ die Politik so betreibt, dass man eine Litfaßsäule aufstellt und sie zu plakatiert. Das ist dann Entwicklungszusammenarbeit. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Martin Gerster**

- (A) Ich will noch einen Punkt anführen, der für das Selbstverständnis im Ministerium bezeichnend ist. Dies zeigte sich auch, als Staatssekretär Beerfeldt beim Jahresessen des Waren-Vereins der Hamburger Börse davon geschwärmt hat, dass auch für Entwicklungsländer – wörtlich – der „freie Welthandel eine klassische Win-win-Situation“ sei. Ich finde, diese Aussage ist sehr entlarvend, was das Verständnis der Koalition in Bezug auf diesen Politikbereich anbelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn insgesamt wird man nur wenige Experten finden, die diesen naiven Automatismus teilen. Noch immer bildet das Mantra der freien Marktwirtschaft die Grenzen Ihres entwicklungspolitischen Horizonts.

Deswegen will ich an Sie appellieren, diesen Haushalt abzulehnen und unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Wir können nur hoffen, dass wir bald eine Bundesregierung haben, die das umsetzt, was auf internationaler Ebene versprochen wurde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Das Wort hat der Kollege Jürgen Klimke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Jürgen Klimke (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In der Tat fällt es mir zum ersten Mal leicht und schwer zugleich, den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu verteidigen.

Schwer fällt es mir deshalb, weil auch ich nicht richtig glücklich bin über das, was im Haushaltsausschuss geschehen ist, dass nämlich ein an sich guter Einzelplan, in dem die Richtung stimmte, derart deutlich verändert wurde, sodass es keinen Aufwuchs gibt. Das bedaure ich persönlich außerordentlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können wir gleich korrigieren!)

Die Entwicklungspolitiker innerhalb der CDU/CSU haben intensiv darüber gesprochen, wie man mit dieser Situation umgehen soll. Wir befinden uns in einer Lage, in der wir einerseits entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit bewahren wollen und andererseits zu einer notwendigen Geschlossenheit in der Abstimmung beitragen müssen. Das ist ein ziemlich einmaliger Vorgang, der aber nicht den Entwicklungspolitikern anzulasten ist; das möchte ich noch einmal deutlich sagen.

Leicht fällt es mir auf der anderen Seite deshalb, weil die Entwicklungspolitik in dieser Legislaturperiode zum

ersten Mal in ihrer Geschichte einen ganz umfangreichen Paradigmenwechsel erfahren durfte. Die Koalitionsfraktionen haben zum Beispiel erreicht, dass unsere Privatwirtschaft und die regionalen wirtschaftlichen Wachstumskräfte in den Entwicklungsländern und in unseren Partnerländern eine sehr enge Kooperation eingegangen sind. (C)

Wir haben endgültig – und das ist auch wichtig – den Begriff der Entwicklungshilfe aus unserem Sprachgebrauch gestrichen. Mit diesem Begriff haben wir Schluss gemacht. Trotzdem will die Opposition noch an den damit verbundenen Inhalten festhalten. Ihre Sehnsucht nach den überholten Positionen ist eine Sehnsucht nach veralteten Strukturen. Dafür stehen wir persönlich nicht mehr. Ideen für die Zukunft haben Sie nicht. Deshalb kann Deutschland froh sein, dass Sie ab dem nächsten Jahr weitere vier Jahre auf der Oppositionsbank schmoren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist klar, liebe Opposition: Wir betreiben keine Wirtschaftshilfe für den deutschen Mittelstand; es ist vielmehr eine moderne Entwicklungszusammenarbeit, eine Kooperation auf Augenhöhe mit den Entwicklungsländern.

(Beifall der Abg. Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU] und Helga Daub [FDP])

Wir bieten den Staaten Know-how und Wirtschaftsstrukturen an, damit dadurch endlich überall unsere Partner von dem Tropf der alten Entwicklungshilfe abgekoppelt werden können. (D)

Wir haben Visionen und Konzepte, die wir in dieser Legislaturperiode umgesetzt haben. Meine Damen und Herren, Sie haben das immer bekämpft. Sie haben das letzte UN-Entwicklungsziel – Wachstum durch Privatwirtschaft – über Jahrzehnte in den Haushaltsansätzen des BMZ negiert.

Dass die Grünen und die Linken in der Entwicklungspolitik wirtschaftsunfreundliche Positionen vertreten, ist uns allen klar. Dass jedoch auch die SPD jegliche Verbindungen zwischen Mittelstand, den Infrastrukturprojekten, den Außenhandelskammern und den Handwerkskammern, die in der Entwicklungszusammenarbeit wesentliche Aufgaben übernehmen, als negativ definiert haben, das ist bezeichnend für ihre Ideologie in dieser Frage. Das finde ich sehr erschütternd. Wir konnten in der Entwicklungszusammenarbeit der letzten drei Jahre deutliche Erfolge bürgerlicher Politik verzeichnen; ich habe es eben gesagt.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Die SPD hat auch in Zeiten der Großen Koalition immer wieder eine Aufstockung der Mittel für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verhindert. Zum Beispiel hat das Ministerium die PPP-Instrumente kaum genutzt. One-to-one-Shops, Messebeteiligungen, Wirtschafts-Know-how, Verbände bei Regierungsverhandlungen, Länderkoordinationskreise – all diese Aspekte der

**Jürgen Klimke**

- (A) wirtschaftlichen Zusammenarbeit durften nicht auf der Tagesordnung stehen. Das sind doch die Fakten. Wir haben einen Paradigmenwechsel herbeigeführt. Das ist sehr viel bedeutender als ein Rückgang der Mittel für das kommende Jahr um möglicherweise 83 Millionen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Grundlage der Arbeit ist verändert worden, in eine richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund einer konsequenten Umsetzung unserer Konzepte im Rahmen der Förderung der Privatwirtschaft bereiten wir uns auf das vor, was in der nächsten Regierungszeit, ab 2013, auf uns zukommt. Da haben wir drei Hauptbereiche im Auge:

Erstens: Konsequenzen aus den heutigen Leitlinien für multilaterale Entwicklungsleistungen sowie Entwicklung einer Zukunftsvision im Hinblick auf die MDG-Ziele.

Zweitens: Verbesserung der Kohärenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Drittens: Vernetzung der deutschen Durchführungsorganisationen und der Institutionen unserer Partnerländer.

- (B) Meine Damen und Herren, wir müssen in den nächsten Jahren dringend eine deutsche Strategie im Hinblick auf multilaterale Entwicklungsleistungen entwerfen. Diese Strategie muss sich auf eine klare Analyse der Frage stützen, wie diese Form der Finanzierung gefördert werden kann. In der Strategie sollten auch Deutschlands Prioritäten bei der Reform des multilateralen Systems und die Kriterien für die Finanzierung dargelegt werden.

Wir setzen uns bei den MDG-Zielen für eine Nachfolgekonzepktion für den Zeitraum bis 2030 ein. Wir wollen die Diskussion über eine ODA-Quote von 0,7 Prozent als Lehre verstehen und Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen erkennen, was nur wohlfeile Rhetorik ist und was auch in Zeiten der Wirtschaftskrise tatsächlich machbar ist. Wir setzen uns bei der Formulierung der Ziele für den Zeitraum bis 2030 dafür ein, dass die ländliche Entwicklung, die wir bei den Zielen für den Zeitraum bis 2015 etwas vernachlässigt haben, eine größere Bedeutung erhält. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Handelssysteme ausgeweitet werden und die Privatwirtschaft stärker einbezogen wird, dass Good Governance eine wesentliche Rolle spielt und das Kriterium der Einhaltung der Menschenrechte, das wir in unsere Programme implementiert haben, in diesem Zusammenhang noch viel bedeutender wird.

Ich habe es gesagt: Die Kohärenz ist ein wichtiger Punkt, das heißt die Vernetzung der deutschen Durchführungsorganisationen. Dazu gehört auch die Kohärenz der Arbeit der Ministerien. In der Zukunft müssen wir eine stärkere Sensibilisierung für diese Fragen erreichen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege.

**Jürgen Klimke (CDU/CSU):**

(C) Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Die genannten drei Leitlinien werden die Entwicklungspolitik der nächsten Jahre bestimmen; dafür werben wir beim Wähler. Wir sind sehr zuversichtlich, dass unsere Arbeit der letzten Jahre goutiert wird und wir unsere Arbeit im Entwicklungsbereich in der nächsten Legislaturperiode erfolgreich fortsetzen werden.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 23 – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – in der Ausschussfassung. Hierzu liegen uns fünf Änderungsanträge vor. Über diese werden wir zuerst abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Sie auf Drucksache 17/11532 finden. Zu diesem ist namentliche Abstimmung verlangt. Es liegen mehrere Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.<sup>1)</sup> Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte nicht einwerfen konnte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>2)</sup> (D)

Wir setzen die Abstimmung fort und kommen zu den drei Änderungsanträgen der Fraktion der SPD. – Herr Fricke, ich würde gerne abstimmen lassen, aber Sie lenken die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD ab. Übrigens: Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag.

(Beifall)

Änderungsantrag auf Drucksache 17/11528. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt bei Zustimmung durch die einbringende Fraktion und die Linke, die Koalitionsfraktionen waren dagegen, Bündnis 90/Die Grünen haben sich enthalten.

Änderungsantrag auf Drucksache 17/11529. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist wiederum abgelehnt bei Zustimmung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Koalitionsfraktionen haben dagegen gestimmt, die Linke hat sich enthalten.

Änderungsantrag auf Drucksache 17/11530. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist wiederum abgelehnt bei Zustimmung durch SPD-Fraktion und Linke, die Koali-

<sup>1)</sup> Anlage 2

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 25328 C

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

- (A) tionsfraktionen waren dagegen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich enthalten.

Schließlich kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/11531. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist wiederum abgelehnt bei Zustimmung durch die einbringende Fraktion, die Koalitionsfraktionen waren dagegen, enthalten haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung.

(Unterbrechung: 20.40 bis 20.46 Uhr)

(C)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt: abgegebene Stimmen 561. Mit Ja haben gestimmt 251, mit Nein haben gestimmt 305. Es gab 5 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 561;  
davon  
ja: 251  
nein: 305  
enthalten: 5

**Ja****SPD**

Ingrid Arndt-Brauer  
Rainer Arnold  
Heinz-Joachim Barchmann  
Doris Barnett  
Dr. Hans-Peter Bartels  
Klaus Barthel  
(B) Sören Bartol  
Bärbel Bas  
Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Uwe Beckmeyer  
Lothar Binding (Heidelberg)  
Gerd Bollmann  
Klaus Brandner  
Willi Brase  
Edelgard Bulmahn  
Marco Bülow  
Ulla Burchardt  
Petra Crone  
Elvira Drobinski-Weiß  
Sebastian Edathy  
Ingo Eglöf  
Siegmund Ehrmann  
Dr. h. c. Gernot Erler  
Petra Ernstberger  
Karin Evers-Meyer  
Elke Ferner  
Gabriele Fograscher  
Dr. Edgar Franke  
Dagmar Freitag  
Sigmar Gabriel  
Michael Gerdes  
Martin Gerster  
Iris Gleicke  
Günter Glöser  
Ulrike Gottschalck  
Angelika Graf (Rosenheim)  
Kerstin Griese  
Gabriele Groneberg  
Michael Groß  
Wolfgang Gunkel

Hans-Joachim Hacker  
Bettina Hagedorn  
Klaus Hagemann  
Michael Hartmann  
(Wackernheim)  
Hubertus Heil (Peine)  
Wolfgang Hellmich  
Dr. Barbara Hendricks  
Gustav Herzog  
Petra Hinz (Essen)  
Dr. Eva Högl  
Christel Humme  
Josip Juratovic  
Oliver Kaczmarek  
Johannes Kahrs  
Dr. h. c. Susanne Kastner  
Ulrich Kelber  
Lars Klingbeil  
Dr. Bärbel Kofler  
Daniela Kolbe (Leipzig)  
Fritz Rudolf Körper  
Anette Kramme  
Ute Kumpf  
Christine Lambrecht  
Christian Lange (Backnang)  
Dr. Karl Lauterbach  
Steffen-Claudio Lemme  
Burkhard Lischka  
Gabriele Lösekrug-Möller  
Kirsten Lühmann  
Caren Marks  
Katja Mast  
Hilde Mattheis  
Ullrich Meßmer  
Dr. Matthias Miersch  
Franz Müntefering  
Andrea Nahles  
Dietmar Nietan  
Thomas Oppermann  
Holger Ortel  
Heinz Paula  
Johannes Pflug  
Joachim Poß  
Dr. Wilhelm Priesmeier  
Florian Pronold  
Dr. Sascha Raabe  
Stefan Rebmann  
Gerold Reichenbach  
Sönke Rix  
René Röspel  
Dr. Ernst Dieter Rossmann

Karin Roth (Esslingen)  
Marlene Rupprecht  
(Tuchenbach)  
Annette Sawade  
Anton Schaaf  
Axel Schäfer (Bochum)  
Marianne Schieder  
(Schwandorf)  
Werner Schieder (Weiden)  
Ulla Schmidt (Aachen)  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Ottmar Schreiner  
Swen Schulz (Spandau)  
Ewald Schurer  
Frank Schwabe  
Rolf Schwanitz  
Stefan Schwartz  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
Dr. Carsten Sieling  
Sonja Steffen  
Dr. Frank-Walter Steinmeier  
Christoph Strässer  
Kerstin Tack  
Dr. h. c. Wolfgang Thierse  
Franz Thönnies  
Wolfgang Tiefensee  
Rüdiger Veit  
Ute Vogt  
Dr. Marlies Volkmer  
Heidemarie Wieczorek-Zeul  
Dr. Dieter Wiefelspütz  
Waltraud Wolff  
(Wolmirstedt)  
Uta Zapf  
Dagmar Ziegler  
Manfred Zöllmer

**DIE LINKE**

Agnes Alpers  
Dr. Dietmar Bartsch  
Herbert Behrens  
Karin Binder  
Matthias W. Birkwald  
Heidrun Bluhm  
Steffen Bockhahn  
Christine Buchholz  
Eva Bulling-Schröter  
Dr. Martina Bunge  
Roland Claus  
Sevim Dağdelen  
Dr. Diether Dehm

Werner Dreibus  
Dr. Dagmar Enkelmann  
Klaus Ernst  
Wolfgang Gehrcke  
Nicole Gohlke  
Diana Golze  
Dr. Gregor Gysi  
Heike Hänsel  
Dr. Rosemarie Hein  
Inge Höger  
Dr. Barbara Höll  
Andrej Hunko  
Ulla Jelpke  
Dr. Lukrezia Jochimsen  
Katja Kipping  
Harald Koch  
Jan Korte  
Jutta Krellmann  
Caren Lay  
Sabine Leidig  
Ralph Lenkert  
Michael Leutert  
Stefan Liebich  
Ulla Lötzer  
Thomas Lutze  
Ulrich Maurer  
Cornelia Möhring  
Niema Movassat  
Wolfgang Nešković  
Thomas Nord  
Jens Petermann  
Richard Pitterle  
Yvonne Ploetz  
Ingrid Remmers  
Paul Schäfer (Köln)  
Michael Schlecht  
Dr. Ilja Seifert  
Kersten Steinke  
Sabine Stüber  
Alexander Süßmair  
Dr. Kirsten Tackmann  
Frank Tempel  
Dr. Axel Troost  
Alexander Ulrich  
Kathrin Vogler  
Johanna Voß  
Halina Wawzyniak  
Harald Weinberg  
Katrin Werner  
Jörn Wunderlich  
Sabine Zimmermann

(D)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

(A)	<b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>	<b>Nein</b>			
	Volker Beck (Köln)	<b>CDU/CSU</b>		Dr. Stephan Harbarth	Maria Michalk
	Cornelia Behm	Ilse Aigner		Jürgen Hardt	Dr. h. c. Hans Michelbach
	Birgitt Bender	Peter Altmaier		Gerda Hasselfeldt	Dr. Mathias Middelberg
	Agnes Brugger	Peter Aumer		Dr. Matthias Heider	Philipp Mißfelder
	Viola von Cramon-Taubadel	Dorothee Bär		Helmut Heiderich	Dietrich Monstadt
	Ekin Deligöz	Thomas Bareiß		Mechthild Heil	Marlene Mortler
	Katja Dörner	Norbert Barthle		Michael Hennrich	Dr. Gerd Müller
	Harald Ebner	Günter Baumann		Ansgar Heveling	Stefan Müller (Erlangen)
	Hans-Josef Fell	Ernst-Reinhard Beck		Christian Hirte	Dr. Philipp Murmann
	Dr. Thomas Gambke	(Reutlingen)		Robert Hochbaum	Bernd Neumann (Bremen)
	Kai Gehring	Manfred Behrens (Börde)		Karl Holmeier	Michaela Noll
	Katrin Göring-Eckardt	Veronika Bellmann		Franz-Josef Holzenkamp	Dr. Georg Nüßlein
	Britta Haßelmann	Dr. Christoph Bergner		Joachim Hörster	Franz Obermeier
	Bettina Herlitzius	Peter Beyer		Anette Hübinger	Eduard Oswald
	Priska Hinz (Herborn)	Steffen Bilger		Hubert Hüppe	Henning Otte
	Dr. Anton Hofreiter	Clemens Binninger		Thomas Jarzombek	Dr. Michael Paul
	Bärbel Höhn	Peter Bleser		Dieter Jasper	Rita Pawelski
	Ingrid Hönlinger	Dr. Maria Böhmer		Dr. Franz Josef Jung	Ulrich Petzold
	Thilo Hoppe	Wolfgang Börsen		Andreas Jung (Konstanz)	Dr. Joachim Pfeiffer
	Uwe Kekeritz	(Bönstrup)		Dr. Egon Jüttner	Sibylle Pfeiffer
	Katja Keul	Norbert Brackmann		Bartholomäus Kalb	Beatrix Philipp
	Memet Kilic	Klaus Brähmig		Hans-Werner Kammer	Ronald Pofalla
	Sven-Christian Kindler	Michael Brand		Steffen Kampeter	Christoph Poland
	Maria Klein-Schmeink	Dr. Reinhard Brandl		Alois Karl	Ruprecht Polenz
	Ute Koczy	Helmut Brandt		Bernhard Kaster	Eckhard Pöls
	Tom Koenigs	Dr. Ralf Brauksiepe		Siegfried Kauder (Villingen- Schwenningen)	Thomas Rachel
	Sylvia Kotting-Uhl	Dr. Helge Braun		Volker Kauder	Dr. Peter Ramsauer
	Oliver Krischer	Heike Brehmer		Dr. Stefan Kaufmann	Eckhardt Rehberg
	Stephan Kühn	Ralph Brinkhaus		Roderich Kiesewetter	Katherina Reiche (Potsdam)
	Renate Künast	Cajus Caesar		Eckart von Klaeden	Lothar Riebsamen
	Markus Kurth	Gitta Connemann		Ewa Klamt	Josef Rief
	Undine Kurth (Quedlinburg)	Alexander Dobrindt		Volkmar Klein	Klaus Riegert
	Monika Lazar	Thomas Dörflinger		Axel Knoerig	Dr. Heinz Riesenhuber
	Dr. Tobias Lindner	Marie-Luise Dött		Jens Koeppen	Johannes Röring
	Nicole Maisch	Dr. Thomas Feist		Manfred Kolbe	Dr. Norbert Röttgen
	Jerzy Montag	Enak Ferlemann		Dr. Rolf Koschorrek	Erwin Rüddel
	Kerstin Müller (Köln)	Ingrid Fischbach		Hartmut Koschyk	Albert Rupprecht (Weiden)
	Beate Müller-Gemmeke	Dirk Fischer (Hamburg)		Thomas Kossendey	Anita Schäfer (Saalstadt)
	Dr. Konstantin von Notz	Axel E. Fischer (Karlsruhe- Land)		Michael Kretschmer	Dr. Wolfgang Schäuble
	Omid Nouripour	Dr. Maria Flachsbarth		Gunther Krichbaum	Dr. Annette Schavan
	Friedrich Ostendorff	Klaus-Peter Flosbach		Dr. Günter Krings	Dr. Andreas Scheuer
	Dr. Hermann E. Ott	Herbert Frankenhauser		Rüdiger Kruse	Karl Schiewerling
	Lisa Paus	Dr. Hans-Peter Friedrich		Bettina Kudla	Norbert Schindler
	Brigitte Pothmer	(Hof)		Dr. Hermann Kues	Tankred Schipanski
	Tabea Rößner	Michael Frieser		Günter Lach	Georg Schirmbeck
	Claudia Roth (Augsburg)	Erich G. Fritz		Dr. Karl A. Lamers	Christian Schmidt (Fürth)
	Krista Sager	Dr. Michael Fuchs		(Heidelberg)	Patrick Schnieder
	Manuel Sarrazin	Hans-Joachim Fuchtel		Andreas G. Lämmel	Dr. Andreas Schockenhoff
	Elisabeth Scharfenberg	Alexander Funk		Dr. Norbert Lammert	Nadine Schön (St. Wendel)
	Dr. Gerhard Schick	Ingo Gädechens		Katharina Landgraf	Dr. Kristina Schröder
	Dr. Frithjof Schmidt	Dr. Peter Gauweiler		Ulrich Lange	(Wiesbaden)
	Ulrich Schneider	Dr. Thomas Gebhart		Dr. Max Lehmer	Dr. Ole Schröder
	Dorothea Steiner	Norbert Geis		Paul Lehrieder	Bernhard Schulte-Drüggelte
	Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn	Alois Gerig		Dr. Ursula von der Leyen	Uwe Schummer
	Hans-Christian Ströbele	Eberhard Gienger		Ingbert Liebing	Armin Schuster (Weil am Rhein)
	Dr. Harald Terpe	Peter Götz		Matthias Lietz	Detlef Seif
	Markus Tressel	Dr. Wolfgang Götzer		Dr. Carsten Linnemann	Johannes Selle
	Jürgen Trittin	Reinhard Grindel		Patricia Lips	Reinhold Sendker
	Daniela Wagner	Hermann Gröhe		Dr. Jan-Marco Luczak	Dr. Patrick Sensburg
	Beate Walter-Rosenheimer	Michael Grosse-Brömer		Daniela Ludwig	Bernd Siebert
	Arfst Wagner (Schleswig)	Markus Grübel		Dr. Michael Luther	Thomas Silberhorn
	Wolfgang Wieland	Manfred Grund		Karin Maag	Johannes Singhammer
	Dr. Valerie Wilms	Monika Grütters		Hans-Georg von der Marwitz	Jens Spahn
	Josef Philip Winkler	Olav Gutting		Andreas Mattfeldt	Carola Stauche
		Florian Hahn		Stephan Mayer (Altötting)	Erika Steinbach
				Dr. Michael Meister	Christian Freiherr von Stetten
				Dr. Angela Merkel	Dieter Stier

(C)

(D)



**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

- |     |  |   |   |   |     |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | Gero Storjohann<br>Stephan Stracke<br>Max Straubinger<br>Karin Strenz<br>Thomas Strobl (Heilbronn)<br>Lena Strothmann<br>Michael Stübgen<br>Dr. Peter Tauber<br>Antje Tillmann<br>Dr. Hans-Peter Uhl<br>Arnold Vaatz<br>Volkmar Vogel (Kleinsaara)<br>Stefanie Vogelsang<br>Andrea Astrid Voßhoff<br>Marco Wanderwitz<br>Kai Wegner<br>Marcus Weinberg (Hamburg)<br>Peter Weiß (Emmendingen)<br>Karl-Georg Wellmann<br>Peter Wichtel<br>Annette Widmann-Mauz<br>Klaus-Peter Willisch<br>Elisabeth Winkelmeier-Becker<br>Dr. Matthias Zimmer<br>Wolfgang Zöllner<br>Willi Zylajew | Christine Aschenberg-Dugnus<br>Daniel Bahr (Münster)<br>Florian Bernschneider<br>Sebastian Blumenthal<br>Claudia Bögel<br>Nicole Bracht-Bendt<br>Klaus Breil<br>Rainer Brüderle<br>Angelika Brunkhorst<br>Ernst Burgbacher<br>Marco Buschmann<br>Sylvia Canel<br>Helga Daub<br>Reiner Deutschmann<br>Bijan Djir-Sarai<br>Patrick Döring<br>Mechthild Dyckmans<br>Hans-Werner Ehrenberg<br>Rainer Erdel<br>Jörg van Essen<br>Ulrike Flach<br>Otto Fricke<br>Dr. Edmund Peter Geisen<br>Dr. Wolfgang Gerhardt<br>Hans-Michael Goldmann<br>Heinz Golombeck<br>Miriam Gruß<br>Joachim Günther (Plauen)<br>Dr. Christel Happach-Kasan<br>Heinz-Peter Hausteiner<br>Manuel Höferlin<br>Birgit Homburger | Michael Kauch<br>Dr. Lutz Knopek<br>Pascal Kober<br>Dr. Heinrich L. Kolb<br>Gudrun Kopp<br>Dr. h. c. Jürgen Koppelin<br>Sebastian Körber<br>Holger Krestel<br>Patrick Kurth (Kyffhäuser)<br>Heinz Lanfermann<br>Sibylle Laurischk<br>Harald Leibrecht<br>Lars Lindemann<br>Dr. Martin Lindner (Berlin)<br>Michael Link (Heilbronn)<br>Dr. Erwin Lotter<br>Horst Meierhofer<br>Patrick Meinhardt<br>Gabriele Molitor<br>Jan Mücke<br>Petra Müller (Aachen)<br>Burkhardt Müller-Sönksen<br>Dr. Martin Neumann (Lausitz)<br>Dirk Niebel<br>Hans-Joachim Otto (Frankfurt)<br>Cornelia Pieper<br>Gisela Piltz<br>Jörg von Polheim<br>Dr. Birgit Reinemund<br>Dr. Peter Röhlinger<br>Dr. Stefan Ruppert | Björn Sänger<br>Christoph Schnurr<br>Jimmy Schulz<br>Marina Schuster<br>Dr. Erik Schweickert<br>Werner Simmling<br>Judith Skudelyny<br>Dr. Hermann Otto Solms<br>Dr. Max Stadler<br>Torsten Staffeldt<br>Dr. Rainer Stinner<br>Stephan Thoma<br>Manfred Todtenhausen<br>Dr. Florian Toncar<br>Serkan Tören<br>Johannes Vogel (Lüdenscheid)<br>Dr. Daniel Volk<br>Dr. Guido Westerwelle<br>Dr. Claudia Winterstein<br>Dr. Volker Wissing<br>Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | (C) |
|-----|--|---|---|---|-----|

**Enthalten****CDU/CSU**

Frank Heinrich  
Jürgen Klimke  
Dr. Christian Ruck  
Sabine Weiss (Wesel I)  
Dagmar G. Wöhr

- |     |  |     |
|-----|--|-----|
| (B) |  | (D) |
|-----|--|-----|

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 23 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan bei Zustimmung durch die Koalitionsfraktionen angenommen. Die Oppositionsfraktionen haben dagegen gestimmt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.13 auf:

**Einzelplan 10  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

– Drucksachen 17/10823, 17/10824 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Georg Schirmbeck  
Rolf Schwanitz  
Heinz-Peter Hausteiner  
Roland Claus  
Katja Dörner

Zum Einzelplan 10 liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Verabredet ist, neunzig Minuten zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort für die SPD-Fraktion dem Kollegen Dr. Wilhelm Priesmeier.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):**

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Wir müssen den gesellschaftlichen Anforderungen, die an diesen Sektor gestellt werden, entsprechen. Vor allen Dingen, was eine nachhaltige Produktion, den Schutz der Biodiversität und nicht zuletzt die Sicherstellung von viel mehr Tierschutz betrifft, brauchen wir neue Lösungsansätze. Verbraucherinnen und Verbraucher sind durch Lebensmittelkrisen und die Debatte um den Antibiotikagebrauch in der Tierhaltung zutiefst verunsichert. Obwohl die Lebensmittel heute an und für sich so sicher wie noch nie sind,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Dank dieser Regierung!)

misstraut man der gesamten Lebensmittelproduktion.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Aber nicht nur verbraucherseitig ist die Landwirtschaft gefordert. Auch die Klima- und Klimaschutzpolitik wird für die Landwirtschaft zu einer großen Herausforderung.